

**Annoncen-  
Annahme-Bureau.**  
In Posen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
(Wilhelmstr. 17)  
bei C. F. Miki & Co.  
Breitestraße 14,  
in Gnesen bei Th. Spindler,  
in Grätz bei F. Streifand,  
in L. eferitz bei Ph. Matthias.

# Posener Zeitung.

Dreihundachtzigster

Jahrgang.

**Annoncen-  
Annahme-Bureau.**  
In Berlin, Breslau,  
Dresden, Frankfurt a. M.,  
Hamburg, Leipzig, München,  
Stettin, Stuttgart, Wien:  
bei C. F. Miki & Co.,  
Haasenstein & Vogler,  
Rudolph Mosse.  
In Berlin, Dresden, Göttingen  
beim „Invalidenbank“.

Nr. 124.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Donnerstag, 19. Februar.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaltene Zeile oder deren Raum, Werben verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

## SS Die Landtagsession.

Eine der unerfreulichsten Landtags-Sessionen, welche in Preußen jemals da waren, ist zu Ende; sie ist es, obwohl ihr eine sogenannte Nachsession folgen soll, welche der Form nach, vermöge der Kontinuität der Verhandlungen, als eine bloße Fortsetzung betrachtet wird; nicht nur die lange Pause, welche jetzt den Eindruck hervorbringen, daß eine neue Session beginne, sondern es ist auch nicht unwahrscheinlich, daß in der Zwischenzeit, in welche die Reichstags-Verhandlungen fallen, sich eine Veränderung der inneren politischen Lage vollzieht, ganz zu schweigen von der allezeit vorhandenen Möglichkeit unvorhergesehener Ereignisse. Man ist also vollkommen berechtigt, die Verlesung des Landtags auf drei Monate als tatsächlichen Schluß einer Session zu betrachten. Der Rückblick auf sie aber ist kein tröstlicher, den einzigen, allerdings erfreulichen Umstand ausgenommen, daß dem Lande reichliche Gelegenheit zu Theil wurde, den Werth der Versprechungen, durch welche es sich zur Wahl von 150 Konservativen aller Schattirungen bewegen ließ, an den Leistungen derselben zu messen. Kaum irgend eine Session des preussischen Landtags seit derjenigen der berichtigten Landrathskammer war so unfruchtbar wie diese. Von unzähligen Fehlern der liberalen Gesetzgebung, die es zu verbessern gelte, hatten die konservativen Kandidaten vor den Wählern gesprochen — aber was ist in dieser Beziehung, sogar nur vom konservativen Standpunkte aus, geleistet worden? Nichts; der einzige ernsthafteste Anlauf zu einer solchen „konservativen“ Leistung, der Versuch, die Verwaltungs-Gerichtsbarkeit zu verkümmern, wurde aufgegeben, weil ein konservativer Minister des Innern ihm, als unbegründet und schädlich, entgegentreten mußte; wenn in dem betreffenden Kommissionsbeschlusse, dessen Schicksal übrigens noch keineswegs entschieden ist, immer noch eine gewisse Verringerung der Rechtsicherheit gefunden werden muß, so können nicht einmal die Konservativen dieses zweifelhafte Verdienst sich zuschreiben, sondern dasselbe gebührt leider einigen Liberalen. Die einzige wichtige Maßregel der Session, der Anlauf von sechs großen und einigen kleineren Privat-Eisenbahnen, hat sich, vermöge des Mangels an Selbstständigkeit der Gesinnung und an organisatorischer Entschlossenheit auf Seiten der zustimmenden Majorität, zu einer bloßen, fast unbegrenzten Ermächtigung für die Regierung, nach ihrem Ermessen mit den Eisenbahnen zu verfahren gestaltet. Das am meisten in die Augen springende Ergebnis der Session aber ist die Verschlechterung der parlamentarischen Sitten, begünstigt durch die Geschäftsleitung seitens eines, von den Konservativen und Liberalen eingestrichenen Präsidiums, über dessen Unzulänglichkeit alle Welt einig war, während man darüber stritt, ob sie auf Parteilichkeit oder Ungeheiß zurückzuführen sei. Doch diese Präsidialführung ließ nur besonders kraß die Thatsache hervortreten, welche auch sonst der Session die Signatur aufdrückte: daß unsere Konservativen trotz Allem, was inzwischen geschehen, dieselben geblieben sind, als da sie 1858 in der Volksvertretung und 1867 in der Regierung die Macht verloren.

In jeder Beziehung hat sich das erwiesen. Die absichtliche Verzögerung der Verlesung des Gesetzes über die Verwendung der Reichsüberschüsse, wodurch seine Erledigung vor der Verlesung verhindert wurde, hat gezeigt, daß es nach wie vor konservativer Grundfals ist, die Volksvertretung einflusslos zu machen, daß unser Konservatismus mit einem Fuße auf dem Boden der konstitutionellen Verfassung steht, während er mit dem andern immer noch im Reich der Träume von der Möglichkeit einer andern Staatsform für Preußen verweilt. Nicht minder sind die Konservativen die Alten geblieben in der, — man weiß nicht, ob naiv-beschränkten oder bewußt-gewaltthätigen Tendenz, keine andere Partei, wenigstens keine, die ihnen entschlossen entgegentritt, als gleichberechtigt anzuerkennen, vielmehr zu deren Beeinträchtigung oder Unterdrückung die Machtmittel der Staatsgewalt anzuwenden; man darf behaupten, daß in keinem anderen konstitutionellen Lande ein Vertreter irgend einer Partei wagen würde, was Herr v. Minnigerode bei der Erörterung über die Vertheilung der amtlichen Anzeigen riskirte: direkt auszusprechen, daß eine unbefristet innerhalb der gesetzlichen Schranken sich bewegende Partei — hier die Fortschrittspartei — im Staate mit anderem Maße zu messen sei, als die dem Redner genehmen politischen Richtungen. Betreffs der Fortschrittspartei wagte man das direkt auszusprechen, und den Nationalliberalen gegenüber handelte man stillschweigend nach demselben Grundfals, indem man das Mandat des Abg. Seyffardt (Krefeld) kassirte. Am ärgsten aber hat sich allemal, wenn auf kirchliche Dinge die Rede kam, die Unterdrückungs- und Verleugungslust der Rechten bekundet. Als die wichtigen Verlesungen der Rechten bekundet. Als die wichtigen Verlesungen der Rechten bekundet. Als die wichtigen Verlesungen der Rechten bekundet.

bringen, wenn er nicht vermöge der Stellung, welche man ihm von Anfang an in seiner Partei eingeräumt, hätte glauben können, der Zustimmung derselben sicher zu sein, die übrigens auch, bis endlich durch den Abg. Hänel das viel zu lange verzögerte Gericht an Herrn Stöcker vollzogen wurde, in reichlichem Beifall bei allen Reden desselben sich befand hatte. Wenn es während des Restes der Legislaturperiode seitens der Konservativen so weiter getrieben wird, wie während der ersten Session, dann wird wieder, wie in Zeiten, welche man vor Kurzem für glücklich überwunden halten konnte, der politische Gegensatz des Liberalismus gegen die Konservativen sich in fittlichen Widerwillen und in leidenschaftliches Verlangen nach Gemüthung für beleidigende Herausforderungen verwandeln. Das Bündniß mit den Ultramontanen, ohne welches diese nicht einen Augenblick den Uebermuth entwickelt hätten, den auch sie während der ganzen Session zeigten, ist sehr dazu angethan, eine solche beklagenswerthe Gestaltung unserer Parteiverhältnisse zu befördern.

Dem Auftreten der Konservativen und Liberalen entsprach unseres Erachtens nicht durchweg das Verhalten der Liberalen. Noch immer kann ein Theil derselben sich nicht entschließen, zwischen Gouvernamentalität und Opposition zu wählen; noch immer benutzt man die äußerliche Zwiespältigkeit der Regierungspolitik als willkommene Entschuldigung für die innere Zwiespältigkeit der eigenen Haltung; noch immer schwächt man die Energie, den Eindruck und die Wirkung gelegentlicher Abwehr gefährlicher Tendenzen dadurch ab, daß man sich in einer schüchternen Defensivhaltung hält. Diese Taktik entspringt aus einer, unseres Erachtens irrtümlichen Meinung darüber, was in der gegenwärtigen inneren Regierungspolitik Regel und was darin Ausnahme ist. Diejenigen Liberalen, welche noch immer diplomatisch glauben, daß sich in der allgemeinen Richtung unseres Staatslebens eigentlich gegen die Periode 1867—1877 nichts geändert habe, daß nur einige Störungen ausgeglichen, einige unbedeutende Steine des Anstoßes aus dem Wege zu räumen seien; wir dagegen sind der Ansicht, daß die Fragen, in denen auch gegenwärtig die Tendenzen der Reformperiode von der Regierung nicht verworfen werden — z. B. beim Abschluß der Verwaltungs-Reorganisation — Ausnahmen bilden und daß die Reaktion gegen die ein Jahrzehnt hindurch in unserem öffentlichen Leben maßgebend gewesenen Grundfals die Regel geworden ist. Einem Theil der Liberalen muß dies offenbar erst noch durch weitere Erfahrungen von der Art der soeben bei der Präsidentenwahl im Reichstage gemachten klar werden.

## × Die Schreckensthat in Petersburg.

Dieses Mitgefühl muß man für den schwergeprüften russischen Monarchen haben, der, obgleich er den neunten Theil der bewohnten Erdoberfläche beherrscht, nicht einmal eine Stätte findet, an der er sein Haupt ruhig hinlegen kann! Das neueste Attentat auf die ganze kaiserliche Familie in Petersburg, welches mit einem höllischen Raffinement darauf berechnet war, dieselbe während der Wahlzeit im Winterpalaste in die Luft zu sprengen, ist ebenso wie die Frevelthat bei Legung der moskauer Mine durch einen Zufall fehlgeschlagen. Einen Augenblick später, und das entsetzliche Verbrechen hätte seinen Zweck erreicht. Auch so freilich, ist eine Anzahl von Wachmannschaften, theils um's Leben gekommen, theils verletzt worden. Die Mine befand sich, wie uns ein Telegramm bereits gemeldet hat, unter dem Wachzimmer, welches zu ebener Erde liegt; über diesem Zimmer befand sich der Speisesaal der kaiserlichen Familie, in welchem dieselbe nur in Folge einer zufälligen Verspätung noch nicht versammelt war. Der entsetzliche Plan der Nihilisten bestätigte die Thatsache, daß dieselben ihre Verbindungen in den höchsten Kreisen und in der unmittelbaren Nähe des Monarchen haben. Schon vor einiger Zeit verlautete von einem Attentatsversuche im Winterpalaste, den zwei als Schornsteinsäger verkleidete Nihilisten mittelst Einsteigens durch die Kamine geplant haben sollten, wobei sie jedoch abgefaßt wurden. Die geheimnißvolle Legung der Minen, welche eine immense Arbeit durch Ausgrabung eines Tunnels voraussetzt, deutet auf denselben Urheber, der den Tunnel beim Millionendiebstahl in Cherson und die Mine in Moskau gelegt hat, nämlich auf den gefürchteten Saischa hin. Die petersburger Polizei hatte allerdings schon längst Kunde von einer zu befürchtenden Explosion im Winterpalaste; es scheint jedoch, daß die Nihilisten diese Nachricht geflissentlich Anfangs verbreitet haben, um die Polizei umsonst suchen zu lassen, sie zu dupiren und dann ungestört weiter zu arbeiten. Aehnlicher Manöver bedienen sich die Nihilisten auch bei den Geheimdruckereien, um ihre Verfolger anzuführen und zu ermüden. Sie denutzten absichtlich unverdächtige Personen und die Polizei ist in Folge dessen monatelang herumgeführt worden. Es ist bekannt, daß wegen der Ereignisse der letzten Jahre massenhafte Verhaftungen stattfanden, und ebenso, daß unter diesen Verhafteten fast Zweidrittel auf anonyme Anzeige hin eingezogen und später wieder in

Freiheit gesetzt wurden. Manche haben dabei freilich auch recht lange Zeit im Gefängnis verbringen müssen. Daraufhin entwarfen die Nihilisten ihren Plan. Sie schrieben z. B. an die dritte Abtheilung: „Im Hause X der so und so Straße im zweiten Stock, Quartier u. s. w., befindet sich eine Geheimdruckerei, man arbeitet von 12 Uhr Nachts bis 4 Uhr Morgens.“ In der nächsten oder übernächsten Nacht erschienen dann die Polizisten, durchsuchten das Quartier von oben bis unten, fanden aber nichts, als einen verschlafenen Einmieter, der ihnen jedoch mit der größten Bereitwilligkeit bei ihren Nachforschungen behilflich war. Nach 14 Tagen erhielt die dritte Abtheilung oder Stadthauptmannschaft abermals einen Brief gleichen Inhalts: abermals zogen die Wächter des Gesetzes aus und abermals zogen sie dupirt wieder ab. Natürlich wurde die Polizei unwillig über diese grundlosen Meldungen und ging nicht mehr hin, umsomehr, als auch keine anonymen Briefe mehr erschienen. Dann aber richtete sich die nihilistische Druckerei höchst bequem in den nun gegen jeden Argwohn gefeiteten Quartieren ein. Nach dem Sapernij Pereulok, wo man eine Geheimdruckerei fand und wo „Der Verbesserer der Volkslage“ (eine Geheimzeitschrift) erschien, ist z. B. vorerst die Polizei zwei Mal gelaufen und wäre gewiß nicht wieder hingegangen, wenn nicht eine direkte Meldung an sie ergangen wäre und wenn dort einquartierte Geheimpolizist nicht höchst überzeugend rapportirt hätte. Aehnlich scheint die Polizei auch durch die vielen Anzeigen, daß die Nihilisten beabsichtigten, den Winterpalast in die Luft zu sprengen, irre geführt worden zu sein, bis dann die Katastrophe wirklich erfolgte, die in ihrer höllischen Bosheit und Grauenshaftigkeit nahezu an die Erfindungen von Romanschriftstellern grenzt, und die der Zivilisation unseres Jahrhunderts in derentzetzlichsten Weise hohnspricht.

[Die Anfechtung der Abgeordnetenwahlen in den Städten Posen und Breslau.] Wir haben bereits kurz erwähnt, daß der Beschluß, welchen das Abgeordnetenhaus neulich faßte, die Wahl des Abgeordneten Seyffardt (Krefeld) zu kassiren, schon zu weiteren Konsequenzen geführt hat, indem die Wahlen in den Städten Breslau (Abg. Wachler, Meyer, Severin) und Posen (Abg. Zelle) einer ähnlichen „Prüfung“ unterzogen werden sollen. Diese Wahlen waren (in Folge stattgehabter Nachwahlen) in der sechsten Abtheilung sehr veripäet zur Vorlage gelangt; über dieselben wurde erst in Berathung eingetreten, als der Beschluß der Wahlprüfungskommission über Seyffardt schon bekannt war. Nun sind diese Wahlen durch keinen Protest angefochten worden, auch vermochten die von der Abtheilung bestellten Referenten einen Anfechtungsgrund nicht zu entdecken. Allerdings waren aber in Breslau wie in Posen die Urwahlbezirke so gebildet, daß die Zahl der Wahlmänner geringer war, als sie nach buchstäblicher Auslegung des Wahlgesetzes hätte sein können. Die Abtheilung hatte aus diesem Grunde ihre Entscheidung ausgesetzt, bis das Plenum sein Votum über Seyffardt abgegeben haben würde. Nunmehr hat die Abtheilung beschlossen, die Wahlakten der vier genannten Abgeordneten als zweifelhaft an die Wahlprüfungskommission abzugeben. Nun tritt folgendes Dilemma ein. Entweder — was die „Nat. Ztg.“ einstweilen für wahrscheinlich hält — werden die genannten Wahlen kassirt, dann wird damit indirekt ausgesprochen, daß noch eine große Anzahl von Abgeordneten aus allen Parteien zu Unrecht im Hause sitzen, und nur darum dem Geschie, hinausgeworfen zu werden, entgangen sind, weil ihre Wahlakten nicht mit hinreichend scharfer Brille angesehen sind. Es wird ferner für die Zukunft das Verfahren bei Bildung der Urwahlbezirke in sehr einschneidender Weise umgestaltet. Die großen Städte verlieren die bisherige Bequemlichkeit, bei neuen Wahlen die älteren Wahlbezirke im Großen und Ganzen beibehalten zu können, eine Bequemlichkeit, welche auch schlechthin die beste Garantie für Gerechtigkeit bot. Der Grundfals, jeden Wahlbezirk so zu bilden, daß die Zahl der darin vorhandenen Seelen durch 250 theilbar ist, wird sich ja nothdürftig durchführen lassen, aber es ist dann nicht zu vermeiden, daß die Wahlbezirke ein sehr künstliches Aussehen erhalten, daß es viele Bezirke giebt, in denen die Wähler der ersten Abtheilung ganz fehlen, die der zweiten nur schwach vertreten sind. Kurz, es wird denjenigen Behörden, welche mit der Ausführung der Wahl zu thun haben, eine unerquickliche, ja fast unerträgliche Lage bereitet; es werden künstlich Uebelstände geschaffen, die gewalttham dahin drängen müssen, das Wahlgesetz von 1849 einer Revision zu unterziehen. Oder die Wahlen der Abgeordneten für Breslau und Posen werden für gültig erklärt. Dann ist damit anerkannt, daß derjenige Grund, welcher bei Kassirung der Wahl Seyffardts an die Spitze gestellt wurde, nicht stichhaltig ist. Dann tritt die schwere Aufgabe heran, den eigentlichen Grund zu entdecken, aus welchem die Wahl Seyffardts kassirt worden ist. Was bisher gesagt worden ist, daß die Bildung der Wahlbezirke eine tendenziöse gewesen, trägt so sehr den Charakter unbestimmter Redensarten, daß es gar keinen Anhalt gewährt.

Einen Ausweg aus diesem Dilemma giebt es; man kann



sich auf den Grundsatz zurückziehen: „Wo kein Kläger ist, ist kein Richter.“ Man kann sagen, in Krefeld habe man die Bildung zu großer Wahlbezirke rügen müssen, weil sie durch Protest angefochten war; in Breslau und Posen könne man darüber hinweggehen, weil Niemand Beschwerde geführt habe. Dieser Streit würde allerdings von heute auf morgen halten; in Zukunft würde er allen Personen, die in ähnlicher Weise Wahlen anfechten wollen, eine stets bereite Handhabe bieten. Schon heute ist es klar, daß der Beschluß vom Sonnabend, welcher jedes sicheren Fundaments entbehrt, in seiner Tragweite weit über den einzelnen Fall hinausgeht und einen Zustand der Rechtsunsicherheit eingeleitet hat, der allen Parteien gleich unbequem werden muß.

## Deutschland.

+ **Berlin**, 17. Februar. [Die Welsen im Bunde mit den Konservativen. Zur Vertagung des Landtags. Die Examenfrage in Baden.] Für den durch den Tod des Abg. v. Müller, eines welschen Hospitanten des Zentrums, erledigten Reichstagswahlkreis Osnabrück wird, wie wir hannoverschen Blättern entnehmen, ein neuer welscher Kandidat in der Person eines Majors a. D. v. Landesberg aufgestellt. Die Träger dieser Kandidatur sind nicht nur Welsen und Ultramontane, sondern auch „Christlich-Konservative“. Im Hinblick auf die empörenden Äußerungen des Abg. Brühl im Abgeordnetenhaus ist die Theilnahme von Konservativen an welschen Wahlen recht charakteristisch. — Der heute in den beiden Häusern des Landtags eingebrachte Antrag betreffend die Vertagung des Landtags stellt eine Serie parlamentarischer Verhandlungen in Aussicht, wie sie von solcher Ausdehnung niemals, selbst im vorigen Sommer mit seinen Zoll- und Steuerverhandlungen nicht dagewesen. Es ist ein außerordentlich großes Opfer, welches hiermit der schwergeplagten Volksvertretung zugemuthet wird, und nur die Ueberzeugung, daß es allerdings sehr wünschenswerth ist, das Gesetz über die Verwaltungsorganisation möglichst rasch zum Abschluß zu bringen, kann die Eingebung gewähren, welche zu parlamentarischen Arbeiten im Hochsommer gehört. Ob außer der Verwaltungsreform dem Landtag in der Nachsession noch anderweite Arbeiten zugehen werden, läßt sich heute noch nicht übersehen. Der Gesetzentwurf über Verlängerung der Etats- und Legislaturperioden, an den man denken könnte, wird hoffentlich schon dadurch hinfällig werden, daß die entsprechende Vorlage im Reichstage scheitert. Für den Reichstag liegt in der Nachsession des preussischen Landtags eine indirekte Mahnung zur Beschleunigung seiner Arbeiten, und wir wollen hoffen, die Annahme, von der die Regierung ausgeht, daß die Reichstagsarbeiten in der Woche vor Pfingsten zum Abschluß gebracht werden können, möge sich bewahrheiten. — Durch die neue Examen-Gesetzesvorlage in Baden ist, da die Staatsprüfung danach künftig überhaupt nicht mehr stattfinden soll, die Uebergangsbestimmung in Art. 4 des Gesetzes vom 19. Februar 1874 (Nachsuchung des Dispenses) gegenstandslos geworden. Die Geistlichen, für welche dieselbe erlassen war, wären zur Erlangung eines Kirchenamtes, und die nach Verklündigung jenes Gesetzes zu Priestern Geweihten zur öffentlichen Ausübung kirchlicher Verrichtungen wie zur Erlangung eines Kirchenamtes sofort kraft Gesetzes befähigt, sobald sie den Nachweis der bestandenen Abiturienten-, bezw. Maturitätsprüfung, des dreijährigen Besuches einer deutschen Universität, so wie des Hörens der Vorlesungen aus dem Lehrkreise der philosophischen Fakultät erbracht haben. Hierfür, d. i. die Förmlichkeit der Vorlage der betreffenden

Zeugnisse wäre (wie in der Begründung der neuen Gesetzesvorlage bemerkt wird) etwa eine Frist in der zu erlassenden Vollzugsordnung zu bestimmen. Für Geistliche, welche den Nachweis nicht in vollem Umfang erbringen können, wäre schon durch die Fassung des Art. 1 („dazu wird regelmäßig erfordert“ u. s. w.) der Staatsregierung Dispensationsbefugniß vorbehalten. Auch stände selbstverständlich im Ermessen der Staatsregierung, einen Geistlichen, der eine für Baden ältliche Abiturienten-, bezw. Maturitätsprüfung nicht nachweisen kann, zur öffentlichen Ausübung kirchlicher Verrichtungen und zu einem Kirchenamte nur zuzulassen, wenn derselbe nachträglich eine Reifeprüfung nach Vorschrift des § 68 der Ministerialverordnung von 1869 betreffend den Lehrplan, die Schulordnung und die Abiturientenprüfung der Gelehrtenschulen, ablegt.

□ **Berlin**, 17. Februar. (Von fortgeschrittlicher Seite eingefandt.) [Aus dem Abgeordnetenhaus.] Der Antrag auf Zustimmung zur Vertagung ist nun vorgelegt. Der Minister des Innern, Graf Eulenburg, hat sich sehr aufmerksam bei allen politischen Parteien, sogar bei der Fortschrittspartei, nach ihrer Stellung zur Frage der Nachsession erkundigt und da danach die Mehrheit des Hauses geneigt ist, ihm auch im Hochsommer das von ihm durchaus verlangte Organisationsgesetz zu Stande zu bringen, so werden nun beide Häuser des Landtags aufgefordert, in eine Vertagung bis zum zweiten Werktag nach Schluß oder Vertagung des Reichstags zu willigen. Ganz zweifellos gilt dabei, daß der Landtag, falls der Reichstag das zweijährige Budget, mit allem, was darum und daran hängt, bewilligen sollte, in der Nachsession sich noch mit ähnlichen, die Verfassungsrechte der Volksvertretung verkümmern den Vorlagen für Preußen wird zu beschäftigen haben. Bei der Galt, mit welcher der Reichskanzler bemüht ist, den Reichstag, dessen Mehrheit ihm gefällt, mit möglichst vielen wichtigen Vorlagen zu beschäftigen, ist vor Mitte Juni kaum an einen Reichstagschluß zu denken; dann aber wird der Landtag von den jetzt nicht zum Abschluß kommenden Arbeiten wenige fortzusetzen geneigt sein. — Das „Verwendungs-Gesetz“ oder verständlicher im Landtagsjargon das „Portemonnaie-Gesetz“ gab heute zu eingehenden und oft lebhaften Erörterungen Anlaß. Die Herren Konservativen waren recht ungehalten, als ihnen vom Abg. Rickert und später in noch kräftigerem Style vom Abg. Richter vorgeführt wurde, wie große Versprechungen auf Steuererlasse gemacht und wie große Hoffnung auf Entlastung der überbürdeten Kommunen gehegt worden seien, und wie nun die bitterste Enttäuschung gefolgt und jetzt durch den Reichshaushaltsetat und die Militärgesetzesvorlage der letzte Rest der Hoffnung beseitigt sei. Statt Entlastung der Steuerzahler in den direkten Steuern giebt es neben den bewilligten 150 Millionen indirekter Reichsteuern immer mehr neue Steuern und immer mehr geistliche und weltliche Polizei und jetzt wollen die Konservativen, die alle ihre Wahlversprechungen in den Wind schlagen, nicht einmal die Vereinbarung über Vertheilung der in die Zukunft gerückten Beute der Reichsüberschüsse halten. Gefährdet wurde der § 1 der Kommissionsvorlage, der sich genau an die berühmte, vom Zentrum und den Nationalliberalen mit dem Finanzminister Gobrecht vereinbarte Resolution vom 14. Februar 1879 angeschlossen, durch einen Antrag von Hüme-Münigerothe, der von vorn herein die eine Hälfte der an Preußen kommenden Geldsummen an die Kreiskommunalverbände nach Verhältnis der Grund- und Gebäudesteuer überweisen und nur die andere Hälfte zum Klassen- und Einkommensteuererlaß verwenden wollte. Es gelang hier den vereinten Anstrengungen der Abgg. Richter,

Rickert und Stengel (des freikonservativen Berichterstatters) und des Regierungskommissars Generalsteuerdirektor Burghard, den Antrag durch sehr sachliche Ausführungen dadurch zu Fall zu bringen, daß ein kleiner Theil der Konservativen sowohl als des Zentrums (die ja beide zusammen die sichere Mehrheit haben) eines Besseren belehrt, sich von ihren Parteiführern trennte. Beim § 2 ward die Debatte durch die Rede des früheren Finanzministers Gobrecht spannend, da ihm sein früherer Untergebener Burghard und sein jetziger Nachfolger Bitter in Auslegung der von ihm selbst mit der Mehrheit des Abgeordnetenhauses abgeschlossenen Kompromisses widersprachen. Die politische Bedeutung dieser Differenz legte Richter scharf und schneidig dar, — worauf es sich denn ereignete, daß schleunigst die Vertreter der Regierung einräumten, daß der § 2 der Kommission sogar besser sei, als die Regierungsvorlage, und der Abg. Gobrecht, erschreckt über seine eigene Opposition, durch die Erklärung, er finde zwischen seinen und Burghards Aussprüchen keinen erheblichen prinzipiellen Unterschied, den Rückzug antrat. Da bei § 2 das Zentrum mit der Kommission stimmte, war hier die Entscheidung zweifellos. Weniger wichtig war der neue, von der Kommission vorgeschlagene § 3 a., der beim Widerspruch der Regierung verworfen wurde, indem ein Duzend Nationalliberaler und Zentrumsmitglieder mit der Regierung und beiden konservativen Parteien gegen die Kommission stimmte. — Der jetzt verstorbene Obergerichtsanwalt Viedenweg-Stade, von 1867—70 nationalliberaler Abgeordneter, war weniger durch seine parlamentarischen Leistungen, als durch die Menfur bekannt, auf der er als Göttinger Studiosus den Studiosus Otto v. Bismarck abgeführt hatte.

— Die Wahl des zweiten Vizepräsidenten des Reichstages wird erst am Donnerstag erfolgen. Bis dahin wird man sich auch wohl über die Personenfrage schlüssig gemacht haben. Die Linke wird auch hierbei weiße Zettel abgeben, während der Plan, den Abg. Aldermann zu wählen, auch im Schoße der deutschen Reichspartei auf Widerspruch stößt. Man erinnert sich, daß der genannte Abgeordnete früher aus der Fraktion schied und in die deutsch-konservative Fraktion eintrat. Hier und da will man annehmen, daß sich der Abg. v. Hellsdorf-Bebra doch noch bereit finden lassen möchte, das Amt des zweiten Vizepräsidenten zu übernehmen.

— Die in der vorigen Session aus der nationalliberalen Fraktion des Reichstages ausgetretenen Abgeordneten werden sich, wie es scheint, derselben vorerst nicht wieder anschließen, sondern sich als Gruppe selbstständig konstituieren, dabei aber möglichst freundschaftliche Annäherung an die Fraktion suchen. Die letztere wird ihren früheren Mitgliedern bei Kommissionswahlen entsprechende Berücksichtigung angedeihen lassen.

— In unterrichteten parlamentarischen Kreisen wird berichtet, daß der Reichskanzler sich nur zu einer bedingungslosen Annahme des Militärgesetzes durch den Reichstag verstehen und namentlich entschiedenen Widerspruch gegen etwaige Anträge auf Herabsetzung des Termins für die Feststellung der Präsenzstärke des Heeres erheben werde. Nach dem Lauf der Dinge ist der Reichskanzler persönlich davon überzeugt, daß er zur Durchbringung des Militärgesetzes unbedingt der Unterstützung der nationalliberalen Fraktion bedürfen würde, da das Centrum dem Anscheine nach der Militärvorlage entschiedene Opposition machen wird. Die „Volkszeitung“ hört übrigens, daß der Reichskanzler nur bei den dringenden Anlässen im Reichstage zu erscheinen und dort das Wort zu nehmen gedenkt.

— In dem Reichshaushaltsetat pro 1880/81 ist der An-

## Berliner Briefe.

Fastnacht ist vorüber und mit der Karnevalszeit scheint endlich auch der Winter ein Ende genommen zu haben. Der Schnee schmilzt von den Dächern, Felder und Fluren verlieren ihre weiße Decke, und bald wird man mit jenem altfranzösischen Chansonnier ausrufen: Wo ist der Schnee vom vorigen Jahre? (Mais, où sont les neiges d'antans). Es giebt kein besseres Bild der Flüchtigkeit alles Irdischen. Nicht einmal Reliquien kann man vom Winter aufheben, und selbst jene Eispaläste, die man in Rußland aufbaut, hinterlassen keine Ruinen, wenn der stürmische Wind vom Mittagsmeer sie zusammengeblasen hat. Da geht es denn freilich doch mit den Werken der Menschenhand besser. Auch durch die Hallen des großen Eisenbahnhotels in der Friedrichstraße bläst jetzt der Thauwind vom Mittagsmeer, der Sturm des Krachs, aber es bleibt doch immer eine schöne Ruine übrig. Die Bank, mit deren Hilfe das Hotel gebaut wird, verweigert weiteren Kredit und so kommt es, noch ehe es ausgewachsen ist, unter den Hammer. Natürlich haben nachher die Handwerker das Nachsehen und müssen sich damit trösten, daß sie im Dienste einer höheren Idee arbeiteten. Zum Glück ist im Innern noch nichts eingerichtet, weder der Palmengarten, noch das Theater, dessen Vorstellungen der Reisende aus seinem Bette zusehen sollte, weder der Riesenspeisesaal, noch die englische und jüdische Betkapelle. Es fand sich Keiner, der die Ausstaffierung übernehmen wollte, da man schon längere Zeit hindurch wußte, daß der jetzige Ausgang in den Sternen geschrieben sei. Die Bank wird natürlich das Hotel zu billigen Preisen übernehmen, sie oder ein Anderer es fertig bauen und daran, wenn die Stadtbahn erst vollendet ist, verdienen. Nun auch das ist ja ein Trost für die, welche jetzt dabei ihr Geld verlieren. Was übrigens die Bauhätigkeit anbelangt, so rastet sie trotzdem nirgends. Doch hat die Polizei jetzt der weiteren Kultivierung und Urbarmachung von Berlin ein schweres Hinderniß in den Weg gelegt, indem sie die Anlegung von Schankstätten in unfertigen Häusern und an Straßen, die noch nicht regulirt sind, verbot. Vom polizeilichen und moralischen Standpunkte aus ist das gewiß nur zu billigen. Weniger vom Maleurischen. Denn dieser proskribirte Schenkwirth war so zu sagen eine poetische Figur, gleichsam der Squatter bei der Besiedlung der Wildnisse des Bebauungsplanes. Wo sich am verwahrlosten

Pfade in weiter Ferne ein paar einsame Häuser erhoben, denen man es schon von Weitem anjah, daß selbst der verwegenste Häuserpfeffulant schaudernd an ihnen vorübergehe und selbst der kinderreichste Familienvater nicht den Muth finde, sie trocken zu wohnen und abzuwarten, bis die Zivilisation auch bis dahin weiter wachse, da fand der Wanderer, wenn er sich an die gespenstisch emporragenden Miethskasernen herauzwagte, doch wenigstens unten im Keller fröhliches Leben. Ein Schild mit einer darauf gemalten Weissen und einem Schwarzbrote machte ihn auf die alte Wahrheit aufmerksam, daß der Mensch nicht nur zum Essen, sondern auch zum Trinken geboren ist, und die im Fenster aufgestellten Gillaflaschen belehrten ihn, daß es der Geist ist, der sich das Leben schafft. Wenn so der Schenkwirth von der neuentdeckten Welt Besitz genommen, so dauerte es nicht lange, daß auch der Materialwaarenhändler seinen Einzug hielt und das Geschloß über der Erde mit Zuckerhüten, Glasbüchsen voll getrockneter Äpfeln und Pflaumen und ähnlichen Herrlichkeiten ausschmückte, im beruhigenden Bewußtsein, daß unter ihm bereits sein erster Kunde wohne. Woher soll er jetzt den Muth nehmen? Wer wird fürder der erste Entdeckungsreisende, der erste Besiedler sein?

Inzwischen grollen unsere Künstler über die vielen Grobheiten, welche ihnen Herr August Reichensperger im Abgeordnetenhaus gesagt hat. Und doch kann man dem ultramontanen Politiker im Einzelnen kaum Unrecht geben; es nimmt sich nur sonderbar aus, wenn er allen seinen Tadel vom Standpunkt eines keuschen Stiftsfräuleins zu rechtfertigen sucht, ganz abgesehen von dem sonderbaren Einfall, die Bilder in den Museen nach den Toiletten zu ordnen. Gewiß liegt auch hier ein richtiges Gefühl zu Grunde. Wenn wir uns nicht durch Jahrhunderte an den Nothbehelf der Museen gewöhnt hätten, so würde wohl Niemand es für schön halten, daß eine Wand von oben bis unten mit den heterogensten Bildern behängt und tapeziert wird. Denn daß auf diese Weise das Kunstwerk nicht zur vollen Wirkung kommen kann, ist gewiß. Es giebt indeffen noch schlimmere Zusammenstellungen, als die eines Heiligenbildes mit einer Leda, wie man sich gegenwärtig z. B. im Ahnensaal der Königl. Akademie überzeugen kann. Hier hängt nämlich an der einen Seite Piloty's neueste Leistung „Der letzte Gang der Girondisten“, auf der anderen die Arbeit eines Franzosen, A. de Neu-rilles, „Le Bourget.“ Es ist nicht behaglich für einen Patrioten,

wenn er hier sieht, wie der berühmte deutsche Maler zurückgegangen ist, während Herr von Neuville etwas Vorzügliches geliefert hat. Die Scene ist in Le Bourget nach der Erstürmung durch die Preußen. Durch den dinstigen aber doch klaren Wintertag rasseln die preussischen Geschütze eine Straße entlang davon; wüste Haufen von Monturstücken liegen auf der Erde an der Kirchthüre stehen Haufen der Sieger, unter ihnen einzelne französische Gefangene und sehen zu, wie aus derselben auf einem Sessel ein schwer verwundener französischer Lieutenant, von zwei gleichfalls verwundeten Kameraden herausgetragen wird.OLORIT und Stimmung können nicht genug gelobt werden. Alles scharf, deutlich und mit festem Pinsel gemalt. Auch die Charakteristik ist vortrefflich, freilich in einseitigem Sinne. Der Maler hat zwar den Preußen gar stattliche Gestalten verliehen, aber sie tragen fast alle nur den Ausdruck brutaler Stärke und unempfindlicher Gleichgültigkeit zur Schau, während er auf den Gesichtern seiner Landsleute Alles, was ihm an Geist und Empfindung zu Gebote stand, konzentriert hat. Piloty führt uns die Girondisten vor, wie sie auf Leitern zum Schafote geführt werden. Der Zug bewegt sich durch eine ziemlich enge Straße, an deren Ausgang wir die Guillotine sehen. Samson lehnt sich mit ausgepreizten Armen auf die Balustrade und erwartet grinsend die neuen Opfer der republikanischen Maschine; seine Knechte stellen indeffen die Särge zurecht. Wüthende Volksmassen drängen sich an die Girondisten heran, und werden nur mit Mühe von ein Paar begleitenden Gardisten zurückgedrängt. Seitwärts sitzen auf Gestellen unter kolossalen Sonnenschirmen jene berühmten Höckerweiber, welche täglich, den Strickstrumpf in der Hand, dem Menschenjoch zuzuschauen pflegen. Auch sie drücken durch Geberden den Girondisten ihren Haß und ihre Wuth aus. Von diesen sind nur die Ansassen des letzten Wagens deutlich zu sehen, um den sich auch das ganze Bild gruppiert, in ihrer Mitte Vergniaud, ein jugendliches schönes Gesicht, pathetisch seinen Freunden die Hand reichend und verklärt aufblickend. Man sieht, es ist ziemlich Viel auf Piloty's Gemälde; ich glaube indeffen, wenn Jemand, der einigermaßen die Geschichte der französischen Revolution kennt und eine lebhaft Phantasie besitzt, sich dasselbe nach der Beschreibung in Gedanken vorstellt, so hat er eine weit stimmungsvollere Anschauung, als sie ihm das Bild in Wirklichkeit bietet. Dieses hat den schlimmen Fehler, daß es nicht nüttern ist, nüchtern sowohl in Bezug auf die Farbe, die



theil des Reichs an dem Reingewinn der Reichsbank nur auf 1,500,000 M., anstatt wie im Vorjahre auf 2,100,000 M., also um 600,000 M. geringer angesetzt. Die Einstellung der ersten genannten Ziffer, welche den Antheil des Reichs an dem Reingewinn für das Verwaltungsjahr 1879 darstellt, ist auf Grund einer vom Reichsbankdirektorium vorgenommenen ungefähren Abschätzung erfolgt. Man kann also annehmen, daß die Dividende der Reichsbank, welche für 1878  $6\frac{1}{10}$  pCt. betrug, für 1879 weniger, vielleicht nur  $5\frac{1}{2}$  pCt. oder etwas darüber ergeben wird.

— Offiziös wird geschrieben: Nach einer vorläufigen Feststellung der Zölle und Verbrauchssteuern, welche die zum Zollgebiet des deutschen Reichs gehörigen Staaten für das 1. und 3. Quartal des Etatsjahres 1879/80 an die Reichskasse abzuführen haben, betrug die Summe der Einnahmen, an welchem sämtliche Bundesstaaten theilnehmen 176,946,090 M., davon an Zöllen 103,487,804 M., an Rübenzuckersteuer 48,688,714 M., an Salzsteuer 24,348,334 M., an Tabaksteuer 421,238 M., die Summe der Einnahmen, an welchem Bayern, Württemberg und Baden keinen Theil haben, nämlich, aus der Branntweinsteuer und der Uebergangsabgabe an Branntwein, 28,101,301 M., nebst den von Sachsen-Weimar und Sachsen-Roburg-Gotha zu zahlenden Aversen im Betrage von 5076 M. und die Summe der Einnahmen, an welcher Bayern, Württemberg, Baden und Elsaß-Lothringen keinen Theil haben, nämlich, aus der Brausteuer und der Uebergangsabgabe von Bier, 10,448,606 M., nebst den Aversen im Betrage von 1977 M., sämtliche Einnahmen zusammen 215,503,052. Für das erste und zweite Quartal sind abgeführt 169,893,726 M. Es bleiben mithin für das dritte Quartal abzuführen 45,609,226 M. Im Vergleich mit dem Vorjahre belief sich der Gesamtbetrag der gemeinschaftlichen Einnahmen auf 29,844,662,12 M. mehr. — Nach der vorläufigen Feststellung der Einnahme an Spielfartensteuern, welche die Bundesregierungen für das 1. bis 3. Quartal des Etatsjahres 1879/80 an die Reichskasse abzuführen haben, betrug die Sollsumme 770,624,50 M. Nach Abzug der Verwaltungskosten u. s. w. bleiben davon für die Reichskasse 739,018 M. — Nach der Nachweisung der Einnahme für verkaufte Wechselstempelmarken und gestempelte Blankets und der einzelnen Bundesstaaten aus dieser Einnahme zu gewährenden Antheile u. s. w. für das 1. bis 3. Quartal des Etatsjahres 1879/80 sind aufgefunden 4,777,737,40 M., wovon nach Abzug der Antheile der Landesregierungen für die Reichskasse verbleiben 4,682,183,40 M.

— Der Etat des auswärtigen Amtes für das Jahr 1880/81 berücksichtigt zum ersten Male die eingreifenden Veränderungen auf der Balkanhalbinsel. Das neu freitete Generalkonsulat in Sofia dürfte einstweilen wohl nur der politischen Bedeutung entsprechen, welche Bulgarien schon jetzt hat und mehr noch gewinnen kann; denn unsere kommerziellen Beziehungen zu jenem unfertigen Staatswesen sind vor der Hand noch sehr bescheiden. Dagegen erscheint nicht bloß angemessen, sondern dringlich geboten, die endlich auf den Etat gesetzte Umwandlung des bisherigen Konsulats in Konstantinopel in ein Generalkonsulat. Abgesehen davon, daß das Konsulat an Umfang und Bedeutung seines Wirkungskreises den Generalkonsulaten in London und Newyork nahe steht, andere in beiden Beziehungen noch übertrifft, so lassen es die in der Türkei eingetretenen Veränderungen zweckmäßig erscheinen, dem Konsularamt in Konstantinopel einen Theil der übrigen Konsulate im Orient zu unterstellen, um deren Thä-

tigkeit zum Vortheil der gemeinsamen Interessen einheitlich zusammenzufassen und zu leiten. Das deutsche Reich würde übrigens mit der Errichtung eines Generalkonsulats bei der Pforte nur der Anregung folgen, welche bereits die meisten Staaten Europas und ebenso die Vereinigten Staaten von Nordamerika gegeben haben, indem sie die große Wichtigkeit jenes Postens durch gleiche Maßnahmen anerkannten. Das für den Generalkonsul in Aussicht genommene Dienstseinkommen von 24,000 Mk. dürfte den Theuerungsverhältnissen in der türkischen Hauptstadt entsprechen. Ferner ist, wie bereits an dieser Stelle gemeldet, der bisherige deutsche Geschäftsträger in Belgrad zum Minister-Residenten ernannt, für Bukarest aber die Stelle eines Gesandten mit 36,000 Mk. geschaffen worden.

— Deutschland hat in freundschaftlicher Weise den Schutz der österreichischen Unterthanen im Kriege zwischen Chile und Peru durch ihr in den dortigen Gewässern befindliches Geschwader angeboten und die Corvette „Pansa“ für diesen Zweck dem österreichischen Generalkonsul Krüger zur Verfügung gestellt, was dankbar angenommen wurde.

— Zur Ausführung des die neue Rechtschreibung betreffenden Ministerialerlasses ist die Bestimmung ergangen, daß die Lehrer an den Volksschulen sich bis zum 1. April d. J. mit der angeordneten Rechtschreibung genau vertraut machen sollen, um dieselbe alsdann zum Gegenstand des Unterrichts machen zu können.

— Mit dem neuen Etatsjahr, also am 1. April d. J., werden die Kreis-Baumeister im ganzen Umfange der Monarchie diesen Amtscharakter verlieren, und mit dem eines Bauinspektors, beziehentlich Wasser- und Hafenbau-Inspektors, vertauschen. Änderungen in der Anciennetät oder in den Dienstbezügen, mit alleiniger Ausnahme der Wohnungsgeldzuschüsse, sind hiermit nicht verbunden.

— Der Gesetzentwurf über die Beschränkung des Wuchers, dessen Vorlegung an den Bundesrath bevorsteht, bezieht sich auf eine Ergänzung des Strafgesetzbuchs im Sinne der von der Kommission des Reichstages im vorigen Jahre befürworteten Vorschläge.

— Aus Lehrerkreisen schreibt man der „Nat.-Lib.-Corr.“: Unter den Gründen, welche der Minister v. Puttkamer anführte, um die durch statistische Erhebungen festgestellten Bestrafungen der Lehrer zu erklären, hat derselbe einen wesentlichen ganz übersehen, nämlich den Lehrermangel, der auf die Aufnahme der Aspiranten in's Seminar schon einen bedeutenden Einfluß ausgeübt und der manche Elemente ins Lehrfach gebracht hat, die bei zureichenden Lehrkräften schwerlich Aufnahme gefunden haben würden. Wie weit solche Elemente bei jenen Zahlen eine Rolle spielen, können wir allerdings nicht sagen, aber das wird zugegeben werden müssen, daß je niedriger die Befoldung der Lehrer ist, desto weniger junge Leute aus den besseren Gesellschaftsklassen und mit höherer Bildung sich dem Lehrfache an einer Volksschule zuwenden. Es dürfte aus diesem Gesichtspunkte sich eine ganz andere Forderung folgern lassen, als die, daß die geistliche Lokalschulinspektion weiter angezogen werden müßte. Diese Inspektion besteht ja im großen Ganzen noch und das Fehlen derselben hat sicherlich nicht zur Vermehrung der strafbaren Fälle beigetragen. Außerdem ist ja hier auch besonders zu berücksichtigen, daß beim Lehrerstande viele Straffälle aus dem Mißbrauche des Zuchtungsrechtes sich ergeben, was ja in keinem andern Stande eine Veruchung zu Gesetzübertretungen bildet. Bei Berücksichtigung dieser Umstände dürfte sich doch ein milderer Urtheil über unsern Volksschullehrerstand ergeben,

als es Herr v. Puttkamer ausspricht. Wenn ferner der Kultusminister die Sache der Simultanfchulen als eine verlorene bezeichnete, so dürfte sich doch dieses Urtheil als ein übereiltes erweisen. Er mag das wünschen, aber eine weltgeschichtliche Thatfache hat er damit sicher nicht ausgesprochen. Er möge sich doch einmal außerhalb Preußens umsehen und er wird da eines Besseren belehrt werden. Welche Staaten giebt es denn, welche die Konfessionen als trennende Grundlage für die Organisation ihres Schulwesens gefestigt festgestellt haben? Und können denn lebenskräftige Ideen durch einen ministeriellen Ausspruch aus der Weltgeschichte gestrichen werden? Die Idee, die der paritätischen Schule zu Grunde liegt, ist dem in der Menschheit tief wurzelnden Drange nach Frieden und Einheit entsprungen und diese Idee wird immer und immer wieder sich geltend machen.

— In Breslau ist auf Antrag des Magistrats ein Waisenrath, der die Pflichten seines Amtes gröblich vernachlässigt hatte, von der Stadterordneten-Versammlung seines Amtes entsetzt und zugleich gemäß des § 74 der Städteordnung vom 30. Mai 1853 auf sechs Jahre der Ausübung des Bürgerrechts verlustig erklärt. Außerdem wurde der Beschluß gefaßt, denselben zu den direkten Gemeindeabgaben um ein Viertel stärker während der nächsten sechs Jahre heranzuziehen. Bei dieser Gelegenheit wurde die Erwartung ausgesprochen, daß dieser bisher wohl einzige Fall auch in Zukunft der einzige bleiben möge und daß der gesunde Sinn der Bürgerschaft und ihr Pflichtgefühl die Stadterordneten in Zukunft davor bewahren möge, über einen ihrer Mitbürger zu Gericht sitzen zu müssen.

— Das diesjährige Panzergeschwader, dessen Indienststellung am 3. Mai erfolgen soll, wird nach einer bis jetzt getroffenen Verfügung der kaiserlichen Admiralität seine taktischen Uebungen an der oberen preussischen Küste abhalten und zum Schußfeld seiner artilleristischen Uebungen die Höhe zwischen Orhöft und Gidingen in der Zappoter Bucht wählen. Das Geschwader zeigt diesmal eine Vertretung von drei Typen unserer Panzerschiffe, indem die Panzerfregatte „Friedrich Carl“ den der Breitseiten-Panzerfahrzeuge, „Preußen“ und „Friedrich der Große“ den der Thurnschiffe und „Sachsen“ den neuen Typus der Ausfallschiffe repräsentirt; letzterer, nur zur lokalen, offensiven Küstenverteidigung bestimmt, dürfte den diesjährigen Uebungen des Geschwaders eine schärfere Charakterisirung geben, indem diese hauptsächlich in unserer Marine nur den Zweck haben, das gepanzerte Material für den Ernstfall in defensiver Aktion zu erproben. Hierzu enthält die „Kiel. Ztg.“ folgendes authentische Communiqué:

„Die Wahl der Art der Schiffe, welche das Geschwader vereinigt, bleibt stets abhängig von dem Zweck, welchem die Marine dient und es ist das wesentlichste Charakteristikum seiner Zusammenfassung, daß es mit dieser jenen repräsentirt. Es ist häufig in der Presse, kürzlich von der „Wei.-Ztg.“ (M.-B. in Nr. 11,851), den Geschwaderübungen unserer Marine der Vorwurf gemacht, daß sie in mehr als einer Beziehung eine gewisse Monotonie, oder wenigstens nicht die Vielseitigkeit zeigen, welche man bei dem jetzigen Stand der Kriegswissenschaften und der zu Gebote stehenden Hilfsmittel erwarten könne. Wir müssen zunächst daran erinnern, daß die beschränkten Mittel, welche Deutschland auf seine Seemacht zu verwenden hat, der verhältnismäßig geringe Bestand an ausgebildetem Personal und technischen Arbeitskräften darauf dringen, ihren Wirkungskreis zu beschränken oder diesen wenigstens streng in den Grenzen ihres Zweckes zu erhalten; und es hiesse ja gegen diesen Zweck streben, wollte ihre Leistung darauf bedacht sein, die Kriegsübungen des Flottenmaterials über diesen hinaus abhalten, sie einen praktischen Vergleich mit denen einer Marine ersten Ranges auszuhalten zu lassen, ihnen somit ihren defensiven Charakter zu nehmen und mit Zusammenziehung anderer, nur Spezialzwecken dienenden Schiffsklassen eine Offensive zu erproben. Deutschland hat sich eine Kriegsmarine geschaffen, um das Raben der gegnerischen Flotte an

blau und wirkungslos ist, wie auf die Charakteristik, die trotz einzelner Ansätze doch Nichts von der dämonischen Tollheit jener Zeit wiedergiebt.

Auf den Theatern spielen allerhand Novitäten. Im Residenztheater spielt man ein Drama von Ernst Le-gaude, „Trennung (une separation)“. Dasselbe ist, wie so viele französische Dramen, ein Plaboyer für die Möglichkeit einer Ehescheidung, indem es die traurigen Folgen einer untrennbaren Ehe, wo der Mann der schuldige Theil ist, und doch seine Rechte über die Frau behält, zeigt. Man sieht, die Liebhaber des Französischen unter uns haben sich allmählich zu jener höchsten Stufe der ästhetischen Anschauung emporgeschwungen, welcher die Kunst die reine Form ist. Denn an allen diesen Pariser Sit-ten Dramen kann nichts interessiren, als die technische Meister-schaft, der Inhalt läßt uns kalt, da wir andere Gesetze besitzen. Wenn man freilich mancher unserer neuern Machtwerte gedenkt, kann man es Niemanden verdenken, daß er an den französischen Zinseisen mehr Geschmack findet, als an einheimischen Plättchen. Wie gering allmählich unsere Anforderungen geworden sind, zeigt auch der Beifall, den die neueste Posse des Wallnertheaters: „Der jüngste Leutnant“ findet, als welcher jüngste Leutnant Frl. Wegner figurirt. Die Posse stammt aus der Jacobson'schen Fabrik. Eingeweichte behaupten jedoch, hier sei sie nur zugestutzt und mit Wigen und Couplets garnirt; der eigentliche Urheber aber ein reicher Holzhändler (?), der Frl. Wegner, so oft sie auftritt, aus einer eigenen Loge zu bewundern pflegt. Sicherer kann ich darüber nicht mittheilen, sondern nur bemerken, daß die besten Pointen dieser Posse darin bestehen, daß der jüngste Leutnant einmal die Trommel rührt, ein andermal auf einem Belocipe über die Bühne fährt, und daß Engels eine Liebes-erklärung macht, während er eifrig an den Barren turnt.

H. H.

## Die Strandung des Dampfers „A. G. Nordenfjöld“.

Zugleich mit der telegraphischen Kunde, welche uns im vorigen Herbst die glückliche Nachricht von der Ankunft des schwedischen Profes-sors Nordenfjöld und seiner kühnen Mannschaft in Japan brachte, kam die traurige Meldung eines recht unerwarteten und für die Po-larforschung höchst empfindlichen Verlustes, der Strandung des zur Auf-suchung des berühmten Forschers ausgesandten und nach ihm benann-

ten Dampfers an der Küste einer Insel des japanischen Reiches. Die bisher fehlenden näheren Details über diesen Unfall, sowie das weitere Schicksal des von Herrn Alexander Sibiriaoff mit wahrhaft furchtlicher Großmuth ausgerüsteten Schiffes meldet jetzt ein Brief des Kapitäns desselben, unseres Landsmannes, Kapitän Heinrich Sengstade an die Redaktion von Petermanns geographischen Mittheilungen und wird von derselben im Februarheft d. J. veröffentlicht. Hiernach fand der Unglücksfall in jenem Gewirre von Rissen, Inselchen und Sandbänken statt, welche der japanischen Halbinsel Nemoro auf Joso vorgelagert sind und diese Gegend zu einem der gefährlichsten Gewässer des Großen Ozeans machen. Das Schiff hatte am 1. August v. J. Yokohama ver-lassen und war, in der Hoffnung, der von der Beringsstraße herabzie-gelnden „Bega“ zu begegnen, in 15–20 Seemeilen Abstand längs der Küste weitergefahren. Unglücklicher Weise hatte ein Nebel von solcher Dichtigkeit, daß man das Vorderrtheil des Schiffes nicht erkennen konnte, einige Tage lang geherrscht, so daß es nicht möglich war, aus astrono-mischen Beobachtungen die Position des Schiffes zu bestimmen und zu allem Unheil hatte noch eine Meeresströmung das Schiff um volle 20 Seemeilen nach Westen verest. Ohne es zu ahnen, passirten die Rei-jenden in dieser Situation jenes gefährlichen Gewirre von Rissen, run-derbarer Weise ohne aufzuwachen. Aber der Kurs ging leider direkt auf die Küste der Halbinsel zu und der Dampfer fuhr am 5. August, Morgens 6 Uhr, nur 20 Schritt vom Lande auf. Es war so nebelig, daß die Küste erst gegen Mittag desselben Tages erkannt wurde. Ka-pitän Sengstade ließ Kohlen und Ladung über Bord werfen und die Maschine so lange rückwärts gehen, bis der Maschinist meldete, daß Alles voller Sand sei; es war aber Alles vergeblich, die ausgelesten Anker hielten nicht und das Schiff trieb immer mehr an's Land. So blieb denn nichts Anderes übrig, als die Mannschaft vorläufig zu lan-den, während der Kapitän, die beiden Steuerleute und der Koch an Bord blieben.

Vergebens waren von nun an alle Versuche, auch mit Hilfe eines kleinen japanischen Dampfers, so daß am 10. August die Gelehrten, welche die Expedition begleiteten, und die Mannschaft nach der Sei-math geschickt werden mußten. Der Kapitän und ein Mann blieben zurück. Die Gegend dieses Strandes von Jesso ist jumpig und un-gefund und wenig bewohnt, Wölfe und Bären statteten des Nachts den Schiffbrüchigen ihre Besuche ab. Es kamen raube hürnische Tage mit so hoher Brandung, daß das Wasser im Schiff bis zum 4. Sep-tember auf 9 Fuß gestiegen war. Am schrecklichsten aber wüthete ein Orkan in der Nacht vom 13. bis 14. September. „Das Wasser stieg — schreibt Kapitän Sengstade — bis hoch über unser Zell, welches wenigstens 15 Fuß über dem Niveau des Meeres stand; ich mußte mit einigen zu Hilfe gekommenen japanischen Offizieren hoch an den Ber-gen hinaufsteigen, um nicht fortwährend im Wasser zu sein. In der-selben Nacht strandeten 4 Schoner und ein Volksschiff in meiner Nähe, und solche Tage, wie die beiden genannten, habe ich in meinem Leben noch nicht durchgemacht. Ich konnte mein Schiff oft 5 bis 6 Stunden lang nicht sehen und glaubte zuweilen, es sei nicht mehr da. Das Meer sah aus wie eine weiße Fläche von blauen Köpfen unterbrochen.“ Mehrere Tage später, als das Wetter sich gebessert hatte und man

wieder an Bord gehen konnte, sah man, welche Verheerungen der Orkan — wie es scheint, derselbe entsetzliche Wirbelsturm, der auch dem deutschen Kriegsschiff „Prinz Adalbert“ mit unserem Prinzen Heinrich an Bord so gefährdend wurde, — im Schiffe angerichtet hatte. Nichtsdestoweniger glaubt Kapitän Sengstade, daß dasselbe noch ge-rettet werden könne, wenn auch erst im nächsten Frühjahr. Inzwischen wird aber vielleicht der norwegische Kapitän E. S. Johannsen, der rühmlich bekante Eismeerfahrer und Entdecker der Insel „Einigkeit“ bei ihm eintreffen, da er von Herrn Sibiriaoff beauftragt ist, den Dampfer „Nordenfjöld“ zu übernehmen.

Während sich die im Vorhergehenden beschriebenen Verhältnisse am Orte des Schiffbruchs ereigneten, fuhren die Gelehrten, der russische Botaniker Prof. Grigoriew und der deutsche Meteorologe Frlr. von Dandemann, die Offiziere und die Mannschaft, mit Ausnahme des bei Kap. Sengstade zurückgebliebenen Schiffsochs, auf einem kleinen, für 75 Dollar gemieteten japanischen Dampfer ab und wurden von die-sem bei einem von Ainos bewohnten Dorfe ans Land geleitet, von wo sie nach Nemoro ritten. Dasselbst mußten sie bis zum 22. August auf einen japanischen Regierungsdampfer warten, der sie in zweitägiger Fahrt nach Hakodate brachte. Hier verlebten Alle insgesammt in einem kleinen schmuggigen Gasthofe, in höchst überlückender Luft bei einer aus gedrohtem Fisch, in Wasser gekochtem Reis und Seetang ohne jede Abwechslung bestehenden Kost drei volle Wochen, eine für die Gelehr-ten und Offiziere um so schwerer zu ertragende Lebenszeit, als die Mannschaft der schlechten Verpflegung wegen erbittert und aufässig wurde, so daß nur durch Dro-hungen mit dem Revolver die offene Meuterei unterdrückt wurde. Endlich, am 14. September, traten die Schiffbrüchigen an Bord eines japanischen Postdampfers die Fahrt nach Yokohama an, aber auch ihnen sollte es bescheert sein, die furchtliche Gewalt des an diesem Tage stattfindenden Wirbelsturmes kennen zu lernen. Nur dadurch konnten sie sich dem Untergang entziehen, daß sie selbst die Führung des Schiffes und alle Arbeiten übernahmen, denn die Japaner waren durch starke Seerkrankheit bald arbeitsunfähig. So gelangten sie am 17. September nach Yokohama und die Schiff-brüchigen begrüßten hier die mit Festlichkeiten und Ehrenbezeugungen überhäufte Polarfahrer der „Bega“, zu deren Hilfe und Rettung sie ausgesandt waren.

Inzwischen sind ganz neuerdings noch andere briefliche Nachrichten aus Japan eingelaufen. Der russische Konsul in Yokohama berichtet, daß der gestrandete Dampfer „A. G. Nordenfjöld“ inzwi-schen wieder flott geworden und einige 30 Meilen von dem Fleck, wo er seit dem Monat August gelegen hatte, weggetrieben und nun vor Wits und Seegang geschüttelt ist. Die Mannschaft, welche sich be-reits auf dem Wege nach Europa befand, ist deshalb nach Jesso zurück-gekehrt. Wenn es möglich ist, wird der neue Führer des Schiffes, Kap. Johannsen, dem als Zweiter im Kommando sein Bruder, der im Jahre 1878 das Schiff „Lena“ bis Jakutsk hinaufgeführt hatte, beige-gaben ist, in Yokohama den „Nordenfjöld“ neu auszurüsten und nächsten Jahr die Nordostpassage in umgekehrter Richtung zurückzulegen ver-suchen. (Voss. Ztg.)

M. W.



unseren Küsten gelassen abzuwarten, um unter günstigeren Bedingungen den Kampf zu bestehen, immer wird es das Hauptaugenmerk der Leistung bleiben, die wichtigen Hafenplätze des Landes gegen jeden Angriff verteidigungsfähig, gegen Bombardement und Einnahme gleichmäßig gesichert zu halten und den Handel aus und nach denselben ungefährdet zu bewahren. Nur der nach Sicherung dieses Zieles freibleibende Theil unserer Seemacht wird zu weiter greifenden, offensiven Operationen Verwendung finden und das dürfte angesichts der disponiblen Mittel, gegenüber einer Marine ersten Ranges, herzlich wenig sein, gewiß zu unbedeutend, als in den Uebungen unserer gepanzerten Küsten-verteidigungsflotte die Offensive auf Kosten der für unsere Marine weit wichtigeren Defensiv zu erproben. Es scheint das Richtige, erst den eigenen Körper zu schützen und zu stärken und dann erst dem Gegner mit der Waffe zu rücken, ein sinnloses Verfahren dagegen, unserer Panzerflotte, deren Aufgabe die Vertheidigung der Küste sein soll, üben zu lassen, den Feind im offenen Wasser zu engagieren. Es hieße dies ein verwegenes *va banque* spielen und eine sichere Widerstandskraft gegen einen möglichen, aber nicht sehr wahrscheinlichen flüchtigen Erfolg setzen. Zwar mögen in einzelnen Fällen Artillerie, Torpedos und Minen genügen, eine feindliche Flotte abzuhalten — die Erfahrungen des Jahres 1870 scheinen dies zu bestätigen — der amerikanische Sezessionskrieg lehrt uns aber dagegen, daß ein müthig geführtes Geschwader trotz solcher Hindernisse einzubringen vermag. Wir haben daher unsere Panzerschiffe in unseren Häfen durchaus nöthig, um die Abenden und Einfahrten während resp. nach einer verführten Forcierung zu vertheidigen.

— Zum Arbeiterkrawall in Oberschlesien schreibt man aus Beuthen D. S., 15. Februar, der „Bresl. Ztg.“: Bei Gelegenheit der gestrigen Löhnung ist es leider wieder und zwar diesmal in dem bei Scharlay belegenen Buchsz (Nadzionkaugrube) zu bedauerlichen Exzessen gekommen. Die Arbeiter haben in Folge des geringen Verdienstes sich zu Thätlichkeiten hinreißen lassen, bei denen das Zechenhaus arg demolirt, die gewerkschaftlichen Skripturen zerrissen und verbrannt wurden und schließlich die Lohnkasse abhanden gekommen ist. Auch die Beamten sind erheblichen Mißhandlungen ausgesetzt gewesen. Militär mußte aus Königshütte, Gleiwitz und Beuthen telegraphisch beordert werden, so daß die Ruhe erst spät in der Nacht wieder hergestellt werden konnte. Zur Aufnahme des Thatbestandes ist der erste Staatsanwalt an Ort und Stelle. Der Grundbesitz gehört, so viel bekannt, dem Herrn Grafen von Hencel auf Siemianowiz. — Aus Nadzionkaugrube schreibt man ferner der „Bresl. Ztg.“: Gestern fand hier bei Gelegenheit der Löhnung eine Revolte unter den meistens jugendlichen Arbeiter, Schlepper, statt, die ziemlich große Dimensionen angenommen hat. Einige Arbeiter, welche nach ihrer Meinung zu wenig verdient hatten, erstürmten gleich zu Anfang der Löhnung den erhöhten Ort, woselbst sich die Beamten befanden, worauf sich dieselben in die angrenzende Steigerstube flüchten mußten. Da aber die Thüren und Fenster der Steigerstube eingeschlagen wurden, mußten sich die Beamten vor der wüthenden Arbeitermenge in das Materialien-Magazin flüchten, dessen Thür sie mit Petroleumfässern verbarrikadirten. Die Arbeiter schlugen aber die Thür ein, worauf sie Herr Obersteiger H. befehligen wollte, was zur Folge hatte, daß Herr H. einen Schlag ins Gesicht erhielt und die Arbeiter in das Magazin eindringen. Da die Herren auch durch eine zweite Thür und durch die Fenster bedroht wurden, blieb ihnen nichts übrig, als sich durch den Hausflur durchzuschlagen, was denn auch unter Vorantritt des Obersteigers Hertel bewerkstelligt wurde, wenngleich die Herren auch von der aufgeregten Menge mit Schlägen nicht verschont wurden. Die Kasse aber, welche an 20,000 Mark enthielt, mußte im Magazin zurückgelassen werden, welche denn auch geraubt wurde. Selbst im Hofe wurden die Beamten mißhandelt, welche sich schließlich flüchten mußten. Die Arbeiter ließen nun ihre Wuth an den Geräthschaften des Zechenhauses, der Steigerstube und des Magazins aus, woselbst sie eine gräßliche Ver-

wüstung angerichtet haben. Fenster, Thüren, Bänke, Tische, Schränke, Lampen und sämmtliche Bücher sind total zerstört worden und bietet das Zechenhaus einen gräßlichen Anblick dar. Nach der Entfernung der Kasse durch die Arbeiter entfernten sich dieselben aus dem Grubenhofe und trieben ihr Unwesen auf der Straße fort. Die sofort herbeigeeilten drei Gendarmen waren nicht im Stande gewesen, die Empörer zu beruhigen und mußten im Laufe des Abends die einzelnen Arbeiterhaufen von Gendarmen, Beamten und rebellischen Arbeitern in die Flucht geschlagen werden. Einzelne Blutlachen in und neben dem Grubenhofe lassen darauf schließen, daß es ohne blutige Schläge nicht abging. Erst nach 9 Uhr traf aus Beuthen ein Militärkommando ein, welches schließlich die Ruhe herstellte. Heute früh trafen hier bereits der Herr Landrath Barchewitz, der Herr Ober-Staatsanwalt und der Untersuchungsrichter ein, um die Untersuchung einzuleiten. Ebenso traf ein Theil des Kommandos aus Königshütte ein, um längere Zeit hier zu verweilen. Einige Verhaftungen sind bereits vorgenommen.

— Während der letzten Tage zirkulirten allerhand Gerüchte über „nihilistische“ Briefe und Drohungen, welche am Tage des Subskriptionsballes an die Polizeibehörde gelangt seien. Offiziös wird jetzt darüber folgendes berichtet: „Es gehen nun doch noch verschiedene dunkle Gerüchte und Mittheilungen über Drohbrieve z. B. durch die Blätter, die wir auf Grund der besten Quellen dahin richtig stellen können: daß in der That Briefe bei der Polizeibehörde eingingen, natürlich anonym, in denen gedroht wurde, das ganze Haus werde am Ballabend in die Luft gesprengt werden. Die genaueste Durch- und Untersuchung der Räumlichkeiten ergab die völlige Grundlosigkeit; daß die Nachricht, Se. Majestät der Kaiser habe, als man Allerhöchstselben hat, einen zweiten Umgang nicht stattfinden zu lassen, darauf bestanden, absolut der Begründung entbehrt. Unser erhabener Monarch wird durch die überflüssige Publikation des Vorkommnisses vielleicht erst Kenntniß von der Beklemmung erhalten haben, in der immerhin jene Persönlichkeiten sich befanden, welchen der Schutz Allerhöchstselben obliegt.“

### Frankreich.

Paris, 15. Febr. In der gestrigen Sitzung der Deputirtenkammer kam es zu einem peinlichen Zwischenfalle, in dem der republikanische Deputirte Seignobos, obgleich er nicht in der Kammer war, die Hauptrolle spielte. Seignobos hatte nämlich am Tage, wo der Generaladvokat Clapier zu Nimes abgesetzt worden war, demselben folgendes Telegramm übersandt: „Ich hoffe der Erste zu sein, der Ihnen Ihre Absetzung ankündigt. Ich freue mich über den großen Antheil, welchen ich an diesem Akt voller Gerechtigkeit habe, den Ihre Unparteilichkeit und ihre Wahrheitsliebe so wohl verdient.“ Clapier hatte unter dem 16. Mai in einem Prozeß dieses Deputirten Partei gegen denselben ergriffen. Dieser Brief und ein Schreiben, in welchem Seignobos seinem Anwalt ankündigt, daß er die Absetzung Clapiers durchgesetzt, veranlaßten vorgestern den Bonapartisten Godelle, von dem Justizminister Aufschlüsse zu verlangen. Der Minister versicherte einfach, daß der Generaladvokat zu Nimes aus rein politischen Gründen abgesetzt worden und daß ihm der Civilprozeß des Herrn Seignobos vollständig unbekannt sei. Dieser Deputirte habe nie von ihm die Absetzung Clapiers verlangt, habe also mit einer schlechten Handlung geprahlt, die er nie begangen habe. Die Worte des Ministers wurden mit Beifall aufgenommen und die Kammer ging einstimmig zur Tagesordnung über, d. h. sie warf Seignobos einfach über Bord. Derselbe giebt in einem an den Moniteur gerichteten Schreiben zu, daß er leichtsinnig gehandelt habe. In seinem Departement ist Seignobos — er ist Vicepräsident des Generalraths und einer der Führer der liberalen Protestanten —

ein angesehenen Mann; das kam die widerliche Gehässigkeit seines Telegramms aber gewiß nicht abschwächen.

Paris, 15. Februar. Das Unheil, welches im Süden von Frankreich die Phylloxera anrichtet, macht allen Ackerbaugeellschaften fortwährend große Sorge und beschäftigt alle Fachblätter. Die Plage, welche schon mehrere Departements verwüstet hat, dehnt sich immer weiter aus und bedroht bereits die besten Lagen von Burgund und der Gironde. Man versucht vergeblich, ihren Fortschritt zu hemmen. Es ist jetzt vorgeschlagen worden, Ueberschwemmungen in großer Ausdehnung zu versuchen; ein Vorschlag liegt den Kammern vor, dem Minister der öffentlichen Arbeiten einen Kredit von 2,400,000 Fr. zu bewilligen, um damit die Ueberschwemmung von 7000 ha Weingärten längs des Kanals du Midi zu bewerkstelligen. Diese Rebengelände liegen im Departement der Aude und des Hérault, die so arg durch die Landplage leiden, und der Werth derselben wird auf 10,000 Fr. die Hektare geschätzt, was also einen Betrag von 70 Millionen darstellt, welcher zu retten wäre. Wenn das Unternehmen gelänge, so würde das Opfer von 2 1/2 Millionen ein geringes sein, zumal da der Staat später das ausgelegte Geld durch eine von den Weinbauern zu erhebende Steuer zurückzahlen könnte. Die Regierung schlägt vor, eine Taxe von 50 Fr. auf die Hektare zu legen, welche, wenn die Weinbauern die Unterhaltung der Kanalisationsarbeiten übernehmen, auf 35 Fr. herabzusetzen wäre. Bevor aber die beabsichtigten Arbeiten zu beginnen wären, würde sich der Staat der Mitwirkung der Eigentümer von wenigstens eines Dritttheils der zu überschwemmenden Strecken versichern. Die Einwohner der Aude und des Hérault erwarteten mit Ungeduld die Entscheidung der Kammer und die Anwendung des vorgeschlagenen Schutzmittels, welches von den besten Fachmännern empfohlen wird. Ob es helfen wird, bleibt freilich dahingestellt.

### Rumänien.

[Die Arab-Tabia-Frage] ist, einer Meldung des „Daily Telegraph“ aus Wien zufolge, plötzlich wieder aufgetaucht. Man wird sich erinnern, daß der Ausspruch der Spezial-Kommission den Wünschen und Erwartungen Rußlands nicht entsprochen hat. Die Kommissäre waren der Ansicht, daß Arab-Tabia Rumänien überlassen werden soll, und wird aller Wahrscheinlichkeit nach der endgültige Ausspruch der Signatarmächte die Ansichten der Kommissäre bestätigen. Rußland hat nunmehr den neuen Vorschlag gemacht, daß das Land südlich von Arab-Tabia Silistria einverleibt werde. Es ist Rußland daran gelegen, sich direkt mit der rumänischen Regierung zu verständigen, und ist in den jüngsten, dem rumänischen Kabinet gemachten Avancen ganz besonderes Gewicht darauf gelegt worden, daß das Fürstenthum, indem es sich dem neuen Vorschlag füge, einen Anspruch auf die Dankbarkeit des Zaren gewinne. Was Rußland heute für Silistria beansprucht, ist von größerer strategischer Wichtigkeit als Arab-Tabia selbst.

### Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 18. Febr. [Abgeordnetenhausung.] Berathung des Feld- und Forst-Polizeigesetzes nach der Fassung des Herrenhauses, wodurch außer mehreren redaktionellen Aenderungen auch der § 41 (der Beeren- und Pilz-Paragraph) eine materielle Modifikation erfährt. In der Generaldiskussion spricht v. Heydebrandt für das Gesetz. Windthorst bekämpft § 41 in der Fassung des Herrenhauses und erklärt, mit dem Beifall des letzteren sei das Gesetz für ihn und einen großen Theil seiner

Prof. Nordenfjöld, der in Neapel angekommen und mit lautem Jubel begrüßt wurde, soll in Stockholm mit Ehren aller Art überhäuft werden. Auf Befehl des Königs wurden bereits Medaillen geprägt, deren vordere Seite das Brustbild des Königs mit der Inschrift: Oscar II. Sueriges och Norges konung (Oskar II., König von Schweden und Norwegen) und deren Rückseite den Nordstern-Orden mit der Inschrift: Väg bruten genom norra polarhavet 1878—79 (Weg brachen durch das nördliche Polarmeer gebrochen) darstellen. Es sollen 50 Exemplare, und zwar 4 in Gold, die übrigen in Silber, verliehen werden. Ueber den letzteren wird die königliche Krone angebracht und sollen dieselben am Bande des Nordstern-Ordens (blau, gelb und schwarz) auf der Brust getragen werden; an den goldenen Medaillen fehlt die Krone und das Band; da diese für Nordenfjöld selbst und dessen erste Offiziere bestimmt sind. Zur Erklärung dieses eigenthümlichen Umstandes muß hier mitgeteilt werden, daß Nordenfjöld, als ihm nach Rückkehr von seiner ersten Expedition der Nordstern-Orden von König Karl XV. verliehen wurde, unter Weigerung der Annahme desselben erklärt hatte, seinen Orden oder ähnliche äußere Auszeichnungen tragen zu wollen. Vielleicht ist die Anekdote nicht bekannt, die man sich in Bezug auf diese Weigerung erzählt. Als nämlich einige Zeit nach derselben Nordenfjöld den König um Erlaubniß bat, ihm ein von seiner Expedition mitgebrachtes Eisbärenfell zum Geschenk machen zu dürfen, ließ ihm der König antworten: „Ja, ich nehme das Geschenk an, ich bin nicht so stolz wie Nordenfjöld.“ — Trotzdem aber hat dieser auf seiner Weigerung bestanden, und ist ihm auch nie wieder eine Auszeichnung ähnlicher Art angeboten worden.

\* Karl von Holtei's Leichenbegängniß fand am 15. d. in Breslau unter allgemeiner Theilnahme der Bevölkerung statt. Von vielen Theatern, Schriftstellern und Künstlern waren Vorbeergezüge und Blumen gesandt worden. Aus Graz war die Tochter des Dichters, Fr. Dr. Potpechnig, nach Breslau gekommen. Die Vertreter der Behörden wohnten der Feier bei. Da sich der Entschlafene vor seinem Hingang jede Leichenrede verboten, so sprach der Diakonius Rede nur ein Gebet am Sarge. Aus Obernig, wo Karl von Holtei seine glückliche Jugendzeit verlebte, war ein Eichenzweig von demjenigen Baume eingekantet worden, den Holtei im Jahre 1821 selbst gepflanzt hatte. An einem daran befestigten Seidenbande befand sich folgende Inschrift:

„Der Baum, den Du gepflanzt  
In schöner Jugendzeit.  
Er sendet Dir den Zweig  
Als Dank zum Grabeleit.“

1821—1880.“

### Li-fu-jên,

so lautet der Frauennamen der Gemahlin des chinesischen Gesandten in Berlin, empfing am Sonnabend einen Theil der Damen des diplomatischen Korps. In dem Portal des prächtigen Gesandtschaftshotels, der von der Heyde'schen Villa, paradierte die deutsche Dienerschaft, wäh-

rend vor dem kleinen Empfangsalon, in welchen die aufwartenden Damen zuerst einzutreten, zwei chinesische Diener in ihrer Nationaltracht standen. In diesem Salon wurden die Herrschaften vom Attache Dolmetscher Ling-in-Thair, der geläufig deutsch spricht, empfangen und in den prächtigen Gartenlalon geleitet, woselbst die Gesandten ihre Gäste willkommen hieß. Beim Empfang war ihr Gemahl Li-fu-jên-Pao und der Militär-Attache Tcheng-ti-tong zugegen, welcher letzterer als Dolmetscher in französischer Sprache fungirte. Li-fu-jên trug ein dunkles goldgesticktes Unterkleid mit buntem Unterkleid aus schmerlem Damast; reiche Gold- und Silberarabesken zierte dasselbe. Außer dem seidenen, mit Perlen besetzten Stirnband, glänzte ihm Haar eine reich mit farbigen Edelsteinen besetzte Spange, die kleinen Füße umschlossen farbige goldgestickte Schuhe. Unter den Damen, die an diesem ersten Empfangstage vorgelassen waren, befanden sich u. A. die Gemahlin des österreichisch-ungarischen Botschafters, Gräfin Alexandra Széchenyi, Baronin v. Rothomb und Gräfin de Milles, die Gemahlinnen des belgischen, beziehungsweise portugiesischen Gesandten. Am einen der nächsten Tage wird Li-fu-jên zur kaiserl. Tafel geladen werden und wahrscheinlich auch bei der nächsten musikalischen Abendunterhaltung im fgl. Palais anwesend sein. — Die Gesandtin ist eine Dame von mittlerer, etwas unterer Figur und emige 30 Jahre alt; sie hat angenehme intelligente Gesichtszüge. Der Teint ist hell, ihr Haar, das von schön brauner Farbe ist, trägt Li-fu-jên in einer prächtigen Flechte aufgesteckt, während ein seidenes Bandeau, das am Hinterkopf befestigt wird, sich über die Stirn legt. Die Gesandtin trägt ihre Nationaltracht, und zwar ausschließlich aus Seide in den schönsten, glanzvollen Farben, welche die Chinesen so meisterhaft herzustellen verstehen. Ueber einen langen bis an die Knöchel reichenden Rock legt sich ein kürzeres Ueberkleid mit schrägem Schluß. Dasselbe ist für alltäglich mit einfacherer Stickerei versehen, während die Gewänder für festliche Gelegenheiten Gold- und Silberstickerei, Perlen- und Juwelschmuck in reichem Maße zeigen. So trug z. B. bei der erwähnten Audienz die Gesandtin ein Galakleid, dessen rothe Grundfarbe durch Wolken, Wasser, Drachen und Phönixe in Gold- und Silberstickerei fast ganz verdeckt war. Das Stirnband und die Einfassung des Ueberkleides zeigte reichen Perlenschmuck, wie es überhaupt charakteristisch ist, daß die chinesischen Frauen sich wenig oder fast gar nicht mit Brillanten, um so mehr aber mit echten Perlen schmücken. — Li-fu-jên spricht noch keine andere Sprache als die ihrer Heimath, ebenso ihr Gemahl Li-fu-jên-Pao und auch ihr übergebrachter Sohn, das jüngste ihrer sieben Kinder. Die älteste Tochter ist bereits an einen hohen Staatsbeamten verheiratet.

### Zur Geschichte des Berliner Wises.

Der im Verlage der Nicolai'schen Buchhandlung erscheinende „Bär“ bringt in seiner neuesten Nummer einige Ausrufe aus den im Anfang der 30er Jahre im Verlage der Gebr. Crotius mit Illustrationen erschienenen „Berliner Wises“. Wir heben folgendes heraus.

Nr. 2 hat die Unterschrift: „Der Karnickel hat angefangt!“ Ein Herr ging mit seinem für Kaninchen besondere Liebhabelei an den Tag

legenden Hunde über den Markt. „Bresto“ schüttelte hier ein Kaninchen so herhaft, daß dasselbe daran glauben mußte. Der Verkäufer rief einen Polizeibeamten, um den Herrn des Hundes zur Bezahlung des Schlachtopfers anzuhalt. Dies geschieht mit der Weisung, daß der Herr im Weigerungsfalle dem Polizeibeamten zur weiteren Vernehmung folgen müsse. Der Herr macht Umstände, da tritt ein Schusterjunge vor, seine Hand macht eine Tringelgel verlangende Geberde, sein Mund aber spricht: „Jehen Sie dreiste mit, lieber Herr!“ — sagt er — „ich jehe och mit, ich merdet beseigen, der Karnickel hat angefangt, der Hund is unschuldig.“ Nr. 3 stellt einen Polkeller dar, in welchem eben eine Höferin Holz in die Schürze nimmt. Von der Straße her fällt plötzlich ein junger Mann in den Keller. Die Höferin ruft: „Nach Schiele, was is denn det hier vor? Kellergefalle!“ Nr. 4 führt die schöne Unterdrift: „Aurore, für sie aus den Kesselfeuer!“ Nr. 5 ist ein Schuljunge aus der ersten Gasbeleuchtungszeit. „Männchen“, rufen Knaben dem Laternenanzünder zu — „soll ich Ihnen vielleicht vor'n Groschen Del bestützen?“

Auf einem Bildchen der bekannte Zelter über die Schlossbrücke, die auf dem Bilde noch ohne die Bildsäulen. Ein Töpfergeheile trällert vor ihm hergehend das Lied: „Wir winden Dir den Jungferntanz zc.“ Im tiefen Bass brummt Zelter die Melodie mit und hat eben die „Weilchenblaue Seide“ ausgefungen, als sich patig der Töpferjunge umdreht und ruft: „Jangen Sie sich Ihren Jungferntanz alleine an wenn Sie'n fingen wollen!“

Eine Bäuerin steht vor dem Brandenburger Thor und tritt auf eine Höferin heran: „Liebesen, können se mich nich sagen, was det da oben uf det Dohr vor 'ne Puppe is?“ Schnell gefast antwortet diese: „Je nu, was wirdet det sin: Alte römische Geschichte, Kurwürstchen von Brandenburg, siebenjähriger Krieg, det is et!“ „Ah so! na danke recht sehr.“

Eine Serie dieser Humorstifta aus der Zeit der Harmlosigkeit der Berliner Wises — er war noch nicht politisch geworden, hatte auch noch nicht die Börse besucht — ist in kleinerem Format gezeichnet.

Auf einem der Bilder, so etwa 1831 erschienen, ist das Innere einer „Destillation“ dargestellt. Eine hochfrisierte Kellnerin hält eine Flasche „Cholerafchnaps“ in der Hand. Ein Gaststieber fordert: „Vor'n Sechser Cholera, aber'n Bischen Morbus Mang.“

Auf einem anderen Bilde fordert ein Hausknecht im Frack eine behändelte Ballschöne zum Tanze auf. „Kann ich die Ehre haben mein Freilein?“ „Doch nicht ohne Handichuh?“ „Det schadet nisch, id wasche mir hernach schonst wider.“

Ein Dienstmädchen scheint mit dem von der Schlächtermeisterin Kühe empfangenen nicht ganz zufrieden zu sein. Mit würdevoller Handbewegung belehrt sie Madame Kühe: „Wenn ich oder mein Mann die Kühe alleine besorgten, denn machten wir se aus lauter Niere, so aber seind sie nicht anders!“



politischen Freunde unannehmbar. Schmidt (Sagan) für die Beschlüsse des Herrenhauses, dergleichen Ludwig und der Minister für Landwirtschaft.

In der Spezialdiskussion werden die §§ 1—40 unverändert angenommen. Zu § 41 in der Herrenhaus-Fassung beantragt Windthorst die Wiederherstellung des Beschlusses des Abgeordnetenhauses, event. zu sagen: Betreffs Bestrafung des Sammelns von Beeren und Pilzen bleiben die bestehenden gesetzlichen und polizeilichen Vorschriften bis zu anderweitiger gesetzlicher Regelung in Kraft. Der Erlaß neuer polizeilicher Vorschriften ist ausgeschlossen. Der Minister Lucius erklärt den Antrag Windthorst für unannehmbar und gleichbedeutend mit der Ablehnung der Vorlage. Windthorst zieht schließlich seinen Hauptantrag zurück. Der Antrag Windthorst wird abgelehnt, § 41 in der Herrenhaus-Fassung angenommen.

Die übrigen Paragraphen des Feld- und Forstpolizeigesetzes werden sodann beinahe debattelos unverändert angenommen und hierauf das ganze Gesetz mit großer Majorität genehmigt. Der Gesetzentwurf, betreffend die links-rheinischen Kirchengemeinden mit den sogenannten Glocken-Paragraphen wird nach längerer Debatte in der Herrenhaus-Fassung angenommen. Nächste Sitzung Donnerstag. (Wiederholt.)

## Telegraphischer Specialbericht der „Posener Zeitung“.

Berlin, 18. Februar, Abends 5 Uhr.

**[Reichstags-Sitzung.]** Der Präsident theilt die Ablehnung Hölder's mit und wird die zweite Vizepräsidentenwahl auf die nächste Tagesordnung stellen. Die kombinierte Berathung des Etats und des Anleihegesetzes leitet der Staatssekretär Scholz mit einer übersichtlichen Darstellung der Finanzlage ein, die sich im laufenden Jahre wesentlich gebessert habe. Die Gesamtmehreinnahmen des laufenden Jahres betragen circa 28 Millionen, werden aber durch Mindereinnahmen von der Rübenzucker-, der Branntwein- und Brausteuern auf ca. 20 Millionen gemindert. Das Defizit des Vorjahres soll aus den diesjährigen Ueberschüssen gedeckt werden. Der gegenwärtige Etat enthält als Mehrausgabe im Ordinarium 11 Millionen, im Extraordinarium 5 Millionen, dagegen Mindereinnahme 14 Millionen. Diefem Mehrbedarf von 30 Millionen stehen nur circa 22 1/2 Millionen Mehreinnahme gegenüber. Deshalb sei die Erhöhung der Multifrikalbeiträge um 7 1/2 Millionen erfolgt. Scholz betont schließlich, für die Durchführung der Münzreform sei nichts in Anspruch genommen. Die Silberverkäufe seien sistirt, eine Aenderung der gesetzlichen Münzwährung sei weder angeregt noch in Ausführung begriffen. Die Sache liege genau so, wie sie der Reichskanzler im Laufe des Juni darstellte.

Beide konservativen Parteien des Reichstags und das Zentrum einigten sich definitiv über die Wahl Ackermanns zum zweiten Vizepräsidenten.

**Wien, 18. Febr. [Abgeordnetenhaus-Sitzung.]** Der Ministerpräsident stellt die neuernannten Minister vor, und beantwortet sodann die Interpellation Wengler folgendermaßen: Die Eingabe böhmischer Bischöfe ist wesentlich nur die Erneuerung von den seit dem Bestand der neuen Schulgesetze aus den Kirchenkreisen wiederholt hervorgegangenen Erklärungen. Es ist bekannt, daß den Schulgesetzen seit jeher vom kirchlichen Standpunkt mannigfach widersprochen worden ist. Auch die fragliche Eingabe hält diesen Widerspruch aufrecht, und geht nach Inhalt und Form aus der Initiative der Bischöfe hervor. Die Frage der Interpellation betreffend, so giebt es, um die Achtung des Gesetzes aufrechtzuerhalten, keinen anderen Weg, als dasselbe, so lange es in Kraft besteht, zu vollziehen, sich aber den Wahrnehmungen und Erfahrungen nicht zu verschließen, welche dessen Vollzug betreffend der Zweckmäßigkeit der einzelnen Bestimmungen an die Hand giebt. Die Regierung hat die Sammlung dieser Erfahrungen während des 12jährigen Bestandes der Schulgesetze und deren unbefangene Würdigung sich zur besonderen Aufgabe gemacht, sieht es als eine Pflicht an, wenn Verbesserungen des Bestehenden auf Grundlage ihrer Erfahrungen notwendig erachtet werde, sie auf administrativem oder legislativem Wege zur Geltung zu bringen. Unter allen Umständen wird jedoch die Regierung ihrer Pflicht, auch auf diesem Gebiete den Gesetzen Achtung zu verschaffen und zu sichern, innerhalb des verfassungsmäßigen Wirkungskreises zu entsprechen wissen.

**Petersburg, 18. Febr.** Die Untersuchung über die Explosion ist in vollem Gange. In dem Raume unter dem Boden des Hauptwachsaales, worin die Explosion stattfand, waren drei Arbeiter beschäftigt, wovon einer die Flucht ergriffen hat. Der Platz vor dem Winterpalais ist von Personen angefüllt, welche dem Kaiser Subtionen darbringen wollen. In allen Kirchen findet Dankgottesdienst statt. Die Stadt ist festlich beflaggt. Die zufällige Verspätung des Kaisers mit dem Diner hatte den Grund darin, daß der Kaiser sich zum Empfang des Prinzen von Hessen begeben.

## Vocales und Provinzielles.

Posen, 18. Februar.

**r. Ueber die Schulden und Laffen der Stadt Posen entnehmen wir dem städtischen Verwaltungsberichte Folgendes:** Das aus dem Reichs-Invalidenfonds zu Berlin aufgenommene Darlehn im Betrage von 2,500,000 M. hat nach Ablauf d. J. 1878 nur noch 2,127,000 M. betragen, indem bis dahin 123,000 M. amortisirt waren. Am 1. Januar 1880 hatte sich die Schuld um weitere 279,000 M. vergrößert, so daß diese am 1. Januar 1880 nur noch auf 2,099,100 M. eingetrug. Dem Rechnungs-Abschluß vom 1. April 1879 gemäß waren von dem Darlehn im Bestande der Kammereinfasse vorhanden: a) Effekten zum Kostenpreise von 682,299 M. (4 pCt. Posener Pfandbriefe, 4 pCt. Posener Rentenbriefe, 5 pCt. Posener Kreisobligationen, verschiedene Eisenbahnprioritäts-Obligationen, 5 pCt. Russisch-Englische Anleihe vom Jahre 1873, 4 pCt. Polnische Liquidationsbriefe, 5 pCt. Polnische Pfandbriefe, 4 pCt. Oesterreichische Silberrente); b) Hypothekenforderungen auf städtische Grundstücke 301,278 M.; c) baar und in einem Zertifikat der Provinzial-Institutentasse 6397 M., Summa

989,974 M. Gas- und Wasser-Obligationen sind nur noch einzulösen 2427 M. Die in früheren Jahren, sowie die bis zum 1. April 1879 eingelösten Obligationen nebst Coupons sind im Besitze der hierzu beignigten Kommissionen durch Feuer vernichtet worden, insofern dies nicht bereits früher geschehen war. — Von den für Neubauten bewilligten Beträgen waren am 1. April 1879 noch nicht verrechnet 168,550 M. (davon 160,805 M. für den Theater-Neubau). Hiervon ist das vom Kaiser zum Neubau des Stadttheaters bewilligte Darlehn in Höhe von 90,000 M. in Abzug zu bringen, so daß somit 78,550 M. von dem obigen Bestande der Kammereinfasse zu beistellen bleiben. Einzelne hypothekarisch ausgeliehene Kapitalien in Gesamthöhe von 41,068 M. sind vom Magistrat gekündigt worden, vornämlich aus dem Grunde, weil Mittel für den Theater-Neubau gebraucht worden. Von den Effekten find die sämtlichen Kreisobligationen (51,450 M.) versilbert worden, weil die Kreise zum Theil die Obligationen zur Rückzahlung kündigten, zum Theil mit der Reduzierung des Zinsfußes vorgingen. Die Verwaltungsdeputation für das Darlehn aus dem Reichsinvalidenfonds hat sich dahin schlüssig gemacht, den successiven Verkauf der im Effektenbestande vorhandenen Oesterreichischen Silberrente, sowie der Russisch-Englischen Anleihe vom Jahre 1873 in Aussicht zu nehmen, wenn dieselben einen gewissen Coursstand erreicht haben werden, zumal der etwaige Verlust durch den höheren Cours gegen den Einkaufspreis anderer Effekten gedeckt werden dürfte. Für Kanalisationszwecke dürften kaum 800,000 M. disponibel bleiben, da voraussichtlich der Theaterneubau an Mehrkosten über 100,000 M. erfordern wird. — Die Stadt ist ferner mit 155,756 M. hypothekarisch eingetragener Schulden belastet (auf dem Grundstück St. Adalbert Nr. 1 für die Schlesiische Boden-Kredit-Aktienbank in Breslau, auf dem Grundstück Graben Nr. 7 für die städtische Sparcasse in Posen, auf dem Grundstück Altstadt Nr. 282 bis 85 für verschiedene Gläubiger, auf dem Grundstück Altstadt Nr. 177 für verschiedene Gläubiger). Vermehrt sind die Schulden noch durch das von dem Kaiser zum Bau eines Theaters in Höhe von 90,000 M. bewilligte, mit 3 pCt. verzinsliche Darlehn, dessen Tilgung vom Jahre 1884/85 ab beginnt und im Jahre 1911/12 endet.

**— Polizei-Verordnung, die Wartung der Dampfkessel betreffend.** Auf Grund der §§ 11 und 12 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850, hat die hiesige k. k. Regierung für den Umfang des Regierungsbezirks Folgendes verordnet: § 1. Die Besitzer von Dampfkessel-Anlagen oder die an ihrer Statt zur Leitung des Betriebes bestellten Vertreter sind verpflichtet, zur Belehrung des Kesselwärters ein groß gedrucktes Exemplar der nachstehend enthaltenen Dienstvorschriften für Kesselwärter mit dem darunter abgedruckten Auszuge aus dem Gesetze vom 3. Mai 1872, betreffend den Betrieb der Dampfkessel, in nächster Nähe der Kesselanlage anzubringen und diesen Anschlag, sobald es nöthig werden sollte, zu erneuern. § 2. Mitgliedern von Dampfkessel-Überwachungs-Vereinen bleibt es nachgelassen, statt der in der Anlage abgedruckten Dienstvorschriften für Kesselwärter ein Exemplar der Vorschriften zu verwenden, wie solche bereits zu dem gleichen Zwecke von dem betreffenden Vereine festgestellt worden sind. § 3. Die in § 1 bezeichneten Personen sind verpflichtet, der Orts-Polizeibehörde binnen 14 Tagen den gegenwärtigen Dampfkesselwärter mittelst schriftlicher Anzeige namhaft zu machen. Auf dieselbe Weise muß der gedachten Behörde künftig jeder eintretende Wechsel in der Person des Kesselwärters sogleich angezeigt werden. § 4. Nichtbefolgung der Vorschriften dieser Verordnung, welche mit dem 1. März d. J. in Kraft tritt, wird mit einer Geldbuße bis zu 30 M. und im Unvermögensfalle mit entsprechender Haft bestraft.

**Hdskr. Stationstarife der Oberschlesischen Eisenbahn.** Die k. k. Direktion der Oberschlesischen Eisenbahn macht bekannt, daß für ihre Stationen Posen, Breslau, Oppeln, Thorn, Bromberg, Rattowitz, Mysłowitz, Gleiwitz, Oberg, Neisse und Mittelwalde Stations-Tarife ausgearbeitet worden sind, welche die Frachtsätze nach allen deutschen Stationen, mit denen die vorgenannten in direkter Verkehrsbeziehung stehen, enthalten. — Exemplare dieser Tarife sind bei den Güterfahnen der vorstehend bezeichneten Orte käuflich zu haben. In nächster Zeit werden dergleichen Tarife auch für Ratibor, Jägerndorf und Glogau zur Herausgabe gelangen.

**Δ Stadttheater.** Der rasche Temperaturwechsel der letzten Tage hat für einige Sänger unseres Theaters empfindliche Folgen gehabt, so daß sie krankheitshalber nicht auftreten können. Seit vorgestern verurteilte auch eine Erkrankung des Herrn Devereux der Direktion und dem Repertoire empfindliche Verlegenheiten. Sowohl die gewünschte Wiederholung des „Kaufmann von Venedig“, wie die Ausführung des neuen Lustspiels „Moderne Ideen“, dessen heiterer Inhalt besonders gerühmt wird, mußten ausfallen und durch Lückenbüsser ersetzt werden, die eine gähnende Leere im Zuschauerraum zeigten. Die Direktion theilt uns mit, daß sie alle mögliche Fürsorge getroffen, um möglichst schnell die Lücke, welche die Krankheit des Herrn Devereux hervorrief, ergänzend auszufüllen, um wieder in das ruhige Fahrwasser eines geordneten, interessanten Repertoires zu gelangen.

**— an. Fatinitza.** Am Dienstag wurde im polnischen Theater die Operette „Fatinitza“ gegeben. Sie hat den Vorzug vor den Offenbachianen, daß sie mehr sein will und ist, als eine nur in musikalischen Tönen gesprochene Pötte. Ihre hübschen, in vielen Nummern bereits Gemeingut gewordenen Melodien verfehlten auch diesmal nicht ihren amnuthenden, an vielen Stellen drastisch-betteren Eindruck. Mit dem Wortinhalt, dem Texte, wollen wir nicht rechten, da man von der Oper im Allgemeinen und noch mehr von der Operette mit Recht sagen kann, was ein französischer Kritiker von den Opern überhaupt gesagt hat: ils sont des concerts dont le drame est le prétexte. Geopfert wurde im Allgemeinen sehr gut. Die Damen Frau Schürer (Fatinitza) und Fräulein Smetana (Fürstin Lydia Wschakow) entledigten sich ihrer Aufgaben ganz vortrefflich und wurden bei offener Scene und nach den Aufschlüssen durch Beifall ausgezeichnet. Herr Hecynit gab den General Rantschukow sehr gut, offenbar nach „berühmten Mustern“. Seine, wie es uns bedünkt, stellenweise zu große Lebhaftigkeit, wollen wir seiner heiteren Stimmung, in die ihn seine Rolle offenbar versetzte, zu Gute halten. Ist denn der treffliche Sergeant Stupafo Fiedorowicz wirklich von Herrn Rucicinski gegeben worden, oder hat man dazu eine Persönlichkeit, welche den türkischen Feldzug mitgemacht und sich heute noch in aktivem Dienst befindet, direkt dazu engagirt? Der treffliche Fiedorowicz war so natürlich, unwichtig und typisch, daß er förmlich ein sehr kräftiges Aroma — natürlich im figurlichen Sinne — von Nichten und Noddi um sich verbreitete. Nur ichen uns die Scene im Harem wegen der sehr zahlreichen Annerionen, die der treffliche Sergeant binnen kurzer Zeit mit der Hand auszuführen verstand, doch zu sehr an die reale Politik unserer uneigennütigen Nachbarn zu erinnern. — Die Dekorationen und namentlich die Kostüme waren schön und frisch, die der russischen Soldaten sogar „meiniglich treu“. Die „Schinels“ (Soldatenmäntel) schienen sogar bereits im Feldzuge „erprobt“ gewesen zu sein. Glücklicherweise spielt die Scene im Winter, sonst hätten wir die Naturwahrheit der Kostümierung der russischen Soldaten im Sommer, die sich zu dieser Jahreszeit sehr häufig durch die größte militärische Einfachheit auszeichnet, — sie besteht oft nur aus dem langen „Schinel“, den hohen Stiefeln und Mütze, — zu bewundern gehabt. — Das Haus war sehr gut besetzt, die Plätze waren gänzlich ausverkauft und, trotzdem noch Stühle angelegt waren, mußten viele Personen stehen. Das Publikum lachte recht gern; Herr Dotojzinski, der Direktor, konnte auch recht herzlich mitlachen.

**+ Personalien.** Dem Reg.-Kanzlei-Inspizitor Ganger und dem Reg.-Voten-Kritik zu Bromberg ist das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen. Der Kataster-Assistent Schaecke, bisher Kataster-Supernumerar zu Frankfurt a. O., ist an die kgl. Regierung zu Bromberg verlegt. Kataster-Supernumerar Tscharsch ist zum Kataster-Assistenten vom 1. April c. bei der Regierung in Posen ernannt. Regier.-Bureau-Diätar Schildkops ist gestorben. Bei der Regierung in Posen ist als Militär-Anwärter Kliche einberufen.

**r. Im Verein Posener Lehrer** hielt am 13. d. Mts. Rektor Lehmann einen Vortrag über die vom Unterrichtsminister durch Verfügung vom 21. v. M. als maßgebend bestimmten „Regeln nebst Wörterverzeichnis für die deutsche Rechtschreibung zum Gebrauch in preussischen Schulen“. Diese offizielle Schul-Orthographie ist den Vorlagen Rudolph von Raumer's entnommen, welche dieser bei der auf Einladung des Ministers Dr. Falk am 4. Januar 1876 in Berlin zusammengetretenen Konferenz für Orthographie-Reform unterbreitet hat. In jener Konferenz kamen folgende Gesichtspunkte zur Geltung: Der Grundcharakter der deutschen Orthographie ist ein phonetischer, der freilich mehrfache Einschränkungen erfahren hat, indem in unserer Schrift Manches aus früheren Perioden stehen geblieben ist, so sehr sich auch die Aussprache im Laufe der Zeit verändert hat, und indem wir stets den Grundsatß befolgt haben, daß die Stammform des Wortes in allen Veränderungen desselben beizubehalten ist, sowie daß phonetisch gleiche Wörter verschieden geschrieben werden müssen des verschiedenen Begriffes wegen. Dem phonetischen Standpunkte in unserer Rechtschreibung steht der historische gegenüber, von dem aus die Schreibung der Wörter nach der organischen Entwicklung der Laute durchgeführt werden soll. Einen vermittelnden Standpunkt nahmen in der erwähnten Konferenz H. v. Raumer und einige andere Mitglieder derselben ein, während die Majorität eine radikalere Sichtung der Orthographie in phonetischer Richtung beschloß, insbesondere die Entfernung der Dehnungszeichen in den meisten der Wörter, in welchen wir dieselben heute allgemein noch anwenden. Die gemäßigtere Minorität betonte, daß unsere Rechtschreibung vor Allem eine praktische Aufgabe habe und sowohl dem Bedürfnisse als dem Verständnisse des ganzen Volkes gerecht werden müsse; daher sei eine Verbesserung nur auf dem Wege ohne Gefahr durchführbar, den man bereits in den früheren Zeitperioden eingeschlagen habe, nämlich auf dem Wege des Zurechtfindens des Verschiedenen, der Feststellung des Schwanfenden und Zweifelhafte in der Orthographie. Diesen Grundsatß hat der jetzige Unterrichtsminister in der offiziell vorgeschriebenen Schul-Orthographie gleichfalls befolgt und so den radikalsten Standpunkt der Majorität der Konferenz aus dem Jahre 1876 vernommen. Der Vortragende wies hierauf in jedem Abschnitte des Büchleins: „Regeln etc.“ die Abänderungen der jetzt gebräuchlichen Orthographie nach und stellte hierdurch fest, daß diese Abänderungen keine derartig einschneidenden und unwandelnden sind, daß sie Schule und Haus oder Schule und Leben in Kollision bringen könnten, wenn gleich nicht zu leugnen sei, daß dem Unterricht in der Orthographie so lange große Schwierigkeiten erwachsen werden, so lange die gebräuchlichen Lesebücher mit der neuen Orthographie noch nicht in Einklang gebracht sind. Ein Vergleich der offiziellen preussischen und der offiziellen bairischen Orthographie ergab, wie der Vortragende an den geeigneten Stellen nachwies, daß der Unterschied ein ganz unwesentlicher, kaum nennenswerther ist.

**r. Der Posener Landwehrverein** hielt am 17. d. M. Abends im Lambert'schen Saale unter sehr zahlreicher Theilnahme eine gesellige Zusammenkunft ab, welcher auch mehrere Mitglieder von auswärtigen Landwehrvereinen beizuhöhen. Musikstücke, gespielt von der hiesigen Kapelle, wechselten mit Gesangsvorträgen des Landwehr-Gesangs-Vereins und mit humoristischen Vorträgen ab; besonderer Beifall fand ein humoristisches Sängerkvartett. Für die diesjährige Christbezeichnung wurden unter großer Theilnahme vier Oelendbäume versteigert, die einen recht namhaften Ertrag ergaben. Erst gegen 12 Uhr erreichte die Zusammenkunft ihr Ende. — Wir bemerken hierbei, daß das Legat von 900 M., welches von dem verstorbenen Geh. Kommissionsrath Mendel Cohn dem Landwehrvereine vermacht wurde, dem bei der hiesigen Reichsbank-Pauptstelle deponirten Reservefonds des Vereins, welcher gegenwärtig bereits eine Höhe von 40,000 M. erreicht hat und zur Unterstützung von bedürftigen Familien der Mitglieder des Vereins im Falle einer Mobilmachung bestimmt ist, überwiesen worden ist.

**□ Ostrowo, 16. Februar. [Begräbnis.]** Freitag, den 13. d. M., starb die Gemahlin des hiesigen königlichen Landraths Herrn Meyer. Gestern 5 Uhr Nachmittags wurde die Leiche in die katholische Kirche exportirt (die Verstorbene war katholischer Konfession), und ein zahlreiches Leichengefolge aus der Stadt und dem Kreise zeigte, welche Liebe sich die landrathliche Familie, trotz ihres noch nicht langen Hierseins zu erwerben gewußt hat. Heute früh 10 Uhr fanden die Exequien in der Kirche statt, denen die Familie und ein großer Theil der Bevölkerung beizuhöhen. Nachmittags 5 Uhr wurde die Leiche von einem zahlreichen Gefolge nach dem katholischen Kirchhofe geleitet. Alle Stände und Konfessionen aus der Stadt und dem Kreise waren vertreten. Der hiesige Defan Fabich, welcher der Heimgegangenen die Sterbesakramente gereicht hatte, hielt am Grabe eine weisevolle Rede, in der Exhortation der Leiche nach der Kirche nahmen auch zwei direkt aus Ralis hierher gekommene höhere russische Offiziere Theil.

**L. Oberligko, 13. Februar. [Vorschauverein.]** In der am 2. d. M. stattgefundenen Generalversammlung des hiesigen Vorschauvereins eingetragene Genossenschaft, errichtete der Rentant, Kaufmann Louis Lasche, Bericht über das Geschäftsjahr 1879. Demnach zählte der Verein am Schluß des Jahres 333 Mitglieder, deren Guthaben 17,019,56 Mark betrug, von welchem 15,576 Mark dividendeberechtigt waren. An Zinsen für Einlagen wurden 5 pCt. bewilligt, wogegen für gegebene Vorschüsse 6 1/2 pCt. nur gezahlt. Der von der Revisionskommission geprüfte Kassenabschluß erwies pro 1879 Einnahme: Zurückgezahlte Vorschüsse 403,514 Mark. Vorschusszinsen, 6471,15 Mark. Aufgenommene Darlehne, 146,204,60 Mark. Guthaben der Mitglieder 18,390,60 Mark. Reservefonds 2253,32 Mark. Insgesamt, 111,18 Mark. Summa 576,944,85 Mark. Ausgabe: Gegebene Vorschüsse 509,857 Mark. Zinsen für Anleihen 4488,40 Mark. Zurückgezahlte Darlehne, 56,755,69 Mark. Zurückgezahltes Mitglieder Guthaben, 1371,04 Mark. Geschäftsauskosten 921,36 Mark. Kassenbestand 3551. Summa 576,944,85 Mark. Der Gesamtumsatz der Einnahme und Ausgabe betrug demnach: 1,153,889,85 Mark. An Dividende wurden 7 pCt. bewilligt. Der Rest mit 82,25 Mark., nachdem die Tantieme des Rentanten in Abzug gebracht worden, erhielt der Reservefond.

**Δ Kions, 13. Februar. [Verwaltung des kath. Kirchenvereins.]** Im heutigen durch den königlichen Herrn Landrath Boehm aus Schrimm abgehaltenen Termine in dem katholischen Schulhaus zu Kions haben die bereits im Jahre 1875 in den Kirchenverstand und die Gemeindevorstellung gewählten Personen in der Zahl 36 die Verwaltung des katholischen Kirchenvereins in Gemeinschaft mit dem staatsstreuen katholischen Propste Kubeczal einstimmig übernommen und das bezügliche Protokoll hinter der Unterschrift des Propstes unterschrieben. Hierbei sei bemerkt, daß die betreffenden gewählten Personen sich selbst unter'm 14. v. Mts. an den Herrn Ober-Präsidenten mit der Bitte gewendet haben, ihnen die Annahme und Führung der kirchlichen Vermögensgeschäfte nach Maßgabe des Gesetzes zu gestatten.

**r. Wollstein, 15. Februar. [Fünfzigjähriges Amtsjubiläum.]** Kontrolveriamlung. [Prämie.] Der am 1. Oktober v. J. zur Disposition gestellte Kanzleirektor des früheren hiesigen Kreisgerichts, jetzige Amtsanwalt beim hiesigen königl. Amtsgericht, Kanzleirath Hande, beging am 12. d. M. sein fünfzigjähriges Amtsjubiläum. Vielfache ehrende Ovationen wurden dem Jubilar an diesem Tage zu Theil. Im Laufe des Vormittags beglückwünschten denselben die Spitzen der städtischen Behörden, das Richterkollegium, die Subalternbeamten, welche ihm eine schöne silberne, inwendig vergoldete Dose mit entsprechender Inschrift zum Andenken zukommen ließen, und viele andere distinguirte Persönlichkeiten hiesiger Stadt. Abends wurde er von seinen Kollegen und Freunden in das zu diesem Zwecke festlich geschmückte Restaurant des Herrn Plattowski zu einem gemüthlichen Beisammensein eingeladen, wobei in Feden und Toasten die Verdienste des Herrn Jubilars nach allen Seiten hin hervorgehoben wurden. — Die diesjährigen Frühjahrskontrolveriamlungen finden statt: im Bezirke der 4. Kompanie zu Bomst und Unruhstadt am



5. April, und zu Schwenten und Jodm am 6. April; im Bezirke der 3. Kompanie finden dieselben statt: am 7. April in Hammer und Wollstein, und am 8. April zu Briment und Malois. — Wenn gleich es den Bemühungen der Behörden gelungen ist, Verdachtsmomente bezüglich der Urheber der in neuester Zeit und namentlich am 30. Dezember v. J. und 4. Januar d. J. in Altkloster vorgekommenen Brände zu erlangen, so ist es dennoch noch nicht gelungen, den Brandstifter dergestalt zu überführen, daß derselbe zur gerichtlichen Bestrafung gezogen werden könnte. Unser Kreislandrath wurde daher von der Provinzial-Feuer-Sozietäts-Direktion ermächtigt, für die Ermittlung des Anstifters der qu. Brände, so daß er zur gerichtlichen Bestrafung gezogen werden kann, eine Prämie von 200 Mark auszuweisen.

**Schulanke, 14. Februar.** [Statistisches. Klassensteuer-Veranlagung. Schulkassenrechnung. Landwirthschaftlicher Verein.] In hiesiger Stadt ist bekanntlich die Fleischschau eingeführt und sind von den beiden amtlich bestellten Fleischbeschauern zusammen 941 Schweine während des Jahres 1879 untersucht, davon eins als fäulnis und feins als trichinös befunden worden. — Nach der hiesigen Klassensteuerrolle pro 1880/81 sind 3965 Personen, darunter 2522 evangelische, 855 katholische und 588 jüdische mit einem Klassensteuerbetrage von 7254 Mark veranlagt und zwar sind 1117 Personen steuerfrei, 81 zahlen Einkommensteuer und von 2767 Personen steuern 339 in der ersten Stufe, 151 in der zweiten, 53 in der dritten, 60 in der vierten, 27 in der fünften, 20 in der sechsten, 19 in der siebenten, 13 in der achten, 13 in der neunten, 16 in der zehnten, 10 in der elften und 3 in der zwölften Steuerstufe. — Nach der von dem Rentanten der katholischen Schulkasse, Herrn Klejczewski, gelegten Rechnung der katholischen Schulkasse pro 1878/79 haben die Einnahmen a. an Grund- und Gebäudenutzung 105 Mark, b. an Kapitalzinsen 54 M., c. an Schulbeiträgen 2826 M. 38 Pf., d. an Schulverschleißstrafen 22 M. 3 Pf. und an Zuschüssen 725 M., während zusammen 2762 M. 97 Pf. und zwar: zu Besoldungen 2310 Mark 50 Pf., zu Verwaltungskosten 67 M. 60 Pf. zu Unterrichtsmitteln 58 M. 46 Pf., zu Haus- und Schulbedürfnissen 187 M. 50 Pf., zur baulichen Unterhaltung der Schulgebäude 73 M. 10 Pf., zu Abgaben 8 M. 41 Pf. und zu außerordentlichen Ausgaben 57 M. 40 Pf. ausgegeben worden sind, so daß ein Bestand in verinsichlichen Papieren mit 1350 M. und ein Baarbestand mit 909 M. 26 Pf., überhaupt also 2259 M. 26 Pf. verbleiben. — Der landwirthschaftliche Verein des Kreises Czarnikau wird am 20. Februar er. in Czarnikau eine Sitzung abhalten und zwar mit folgender Tagesordnung: 1) Geschäftliches; 2) über die Bewirthschaftung von Gütern mit leichten Bodenklassen, Referent Herr Günther-Sammer; 3) die Neuböschung hiesiger Gegend, ihre Bedeutung für die Landwirthschaft und die Jagd. Referent Herr Oberförster Grunert-Krussow; 4) über Drainage. Referent Herr Lenz in Czarnikau.

**S. Aus dem Kreise Kröben, 14. Februar.** [Frühjahrs-Kontrolle. Entlaufen. Feuerversicherungs-Agentur. Abklärung von Realitäten. Letztes Sinfoniekonzert.] Im Bezirk des Rautschers Bataillons 4. Posener Landwehr-Regiments finden die diesjährigen Frühjahrs-Kontrollveranlagungen in der Zeit vom 11. bis 15. März und 6. bis 9. April statt. — Der Bädergezell Albert Großmann aus Rautsch, welcher aus dem Erkenntnis des früheren Kreisgerichts zu Trebnitz noch eine Gefängnisstrafe von über 2 Monaten zu verbüßen hatte, ist entsprungen, und sind die Orts- und Polizeibehörden seitens des Landrathsamtes zu Rautsch erlucht worden, auf denselben zu achten. — Die General-Agentur der Berlin-Röhmischen Feuer-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft hat dem Kaufmann Georg Dähmel in Rautsch eine Agentur übertragen. — Alle Haus- und Grundbesitzer sind seitens des Magistrats zu Rautsch aufgefordert worden, binnen vierzehn Tagen die noch nicht zur Abklärung gekommenen Realitäten anzumelden. — Künftigen Donnerstag den 19. d. M. findet seitens der Kapelle des 50. Regiments in Rautsch das letzte Sinfoniekonzert statt.

**Schneidemühl, 15. Febr.** [Protest gegen die kirchlichen Wahlen. — Bürgerversammlung. — Lehrerverein.] Gegen die am 1. d. M. in der hiesigen evangelischen Kirche stattgefundene Kirchenwahlen und Repräsentantenwahl sind seitens der Beiratspartei zwei Proteste angebracht worden, weshalb von der Einführung der Gewählten Abstand genommen worden ist. — Kürzlich fand hier selbst eine Bürgerversammlung statt, in welcher beschloffen wurde, den Magistrat zu ersuchen, zur Wiedererlangung einer Garnison rechtzeitig geeignete Schritte zu thun. Auch die Trottoirangelegenheit wurde besprochen und sollen die Stadtbehörden angegangen werden, dafür Sorge zu tragen, daß nur Granitsteine zur Verwendung kommen. — Gestern hielt in der zahlreich besuchten Lehrerversammlung, welche in dem Tantor'schen Lokale abgehalten wurde, Taubstummenlehrer Deumlich einen Vortrag über das Thema: „Was kann die Volksschule zur Vorbereitung taubstummer Kinder thun?“ Nach Beendigung der hierauf erfolgten Debatte wurde über die Geburtsfeier des Kaisers gesprochen und übernahm Lehrer Schrant die Festrede. In der nächsten Versammlung, am 13. März, wird die neue deutsche Rechtschreibung den Hauptgegenstand der Tagesordnung bilden.

**Schneidemühl, 15. Februar.** [Statistisches. — Abiturienten-Examen. — Vortrag.] Aus der Klassensteuerliste ergibt sich folgende Statistik: Im Ganzen sind, mit den einzelnen Familienmitgliedern, 7468 Personen zur Klassensteuer herangezogen worden, und zwar in der ersten Stufe 1061 Hausväter, in der zweiten 308, in der dritten 141, in der vierten 140, in der fünften 80, in der sechsten 62, in der siebenten 52, in der achten 57, in der neunten 42, in der zehnten 47, in der elften 19, in der zwölften 21. Der Jahresbetrag der Steuer stellt sich auf 21,192 M. Zur Einkommensteuer sind 256 Seelen herangezogen. Unter 240 M. Jahreseinkommen haben und sind steuerfrei: 1892 Seelen. Als Militärs mit ihren Angehörigen sind 58 Seelen steuerfrei. 778 Seelen, welche sonst zur ersten Steuerstufe gehören würden, sind wegen beeinträchtigter Leistungsfähigkeit steuerfrei. Das schriftliche Abiturienten-Examen, welches 4 Oberprimaner unseres Gymnasiums machten, wurde am 14. d. Mts. beendet. — Professor Schlagintweit wird hier am 17. d. M. einen Vortrag über „Die Hindu's“ halten.

**Wreschen, 15. Febr.** [Einbruch. — Verlesung. — Jahrmarkt's-Verlegung.] Als am vergangenen Donnerstag die hiesige evangelische Kirche zum Gebete einer vorzunehmenden Trauung geöffnet werden sollte, bemerkten die Kirchenbeamten, daß in der Zeit vom Sonntag bis Donnerstag ein Einbruch verübt worden war. Die Diebe hatten zuerst mehrere Fenster zertrümmert, da dieselben jedoch mit einem Gittergitter versehen waren und ihren raschen Bemühungen nicht nachgaben, so wurde die Thür erbrochen. Die Kirche steht an einem einsamen Orte und konnten die Diebe ungehörte Nachsuchung hatten. Da aber die silbernen Geräte immer im Hause des Geistlichen aufbewahrt werden, so hatte der Einbruch wohl nicht den erwünschten Erfolg für die Diebe gehabt, denn außer einigen Ketzen und einem einfachen Spiegel fehlte nichts an dem Inventar. — Telegraphen-Assistent Scheinert ist mit dem 1. April in gleicher Eigenschaft nach Posen verlegt; an dessen Stelle tritt der Telegraphen-Assistent Christ aus Posen. — Der in der Stadt Wielschitz auf den 9. März d. J. anberaumte Jahrmarsch ist von der königlichen Regierung zu Bromberg auf den 18. desselben Monats verlegt.

## Mittheilungen aus dem Protokoll der Handelskammeritzungen vom 3. und 12. d. M.

(Schluß.)

In der am 12. d. M. abgehaltenen Sitzung bringt der Vorsitzende unwiderstehliches Folgendes zur Kenntniß:

Auf Antrag der Handelskammer hat die Provinzialständische Kommission für den Schauffee- und Wegebau angeordnet, daß von dem Stromausseher zu Obornitz die Berichte über den Warthebischs- und Floßverkehr daselbst regelmäßig dem Sekretariat eingereicht werden.

Die Regelung der Güterüberleitung von den Geleisen des Oberschlesischen zum Märkisch-Posener Bahnhof hier selbst wird nach einer der Kammer auf ihre Anfrage zugegangenen Mittheilung der Königl. Direktion der Oberschlesischen Bahn voraussichtlich mit dem 1. April c. erfolgt und der zugehörige Tarif, welcher gegenwärtig der ministeriellen Genehmigung vorliegt, bis dahin festgestellt sein.

Die Feststellung direkter Frachttaxe für Spiritendungen nach italienischen Stationen via Peri ist nach einer Zuschrift der Direktion der Märkisch-Posener Eisenbahnverwaltung an dem Widerstande der sächsischen Staatsbahnen gescheitert. Die Angelegenheit wird nichtsdestoweniger wieder aufgenommen werden.

Der Herr Handelsminister macht diejenigen Firmen, welche deutsche Waaren nach spanischen Plätzen exportiren, darauf aufmerksam, daß es sich zur Vermeidung von Weiterungen empfiehlt, die Ursprungszeugnisse für die Waaren nach einem beigefügten Formular in spanischer Sprache abzugeben.

Es kommt sodann zur Erörterung ein Antrag der Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft, in welchem die Handelskammer zu einer Konferenz in Berlin behufs Abstellung der beim Taragewicht im inländischen Wollverkehr hervorgetretenen Uebelstände eingeladen wird. Die Kammer beschließt, sich in der Konferenz durch ein Mitglied vertreten zu lassen, zuvor aber über den Gegenstand eine Besprechung mit den diesseitigen Interessenten abzuhalten, event. die Delegation eines zweiten Sachverständigen aus dem Kreise derselben zu empfehlen.

Eine an die Kammer gerichtete Privatbeschwerde des Inhalts, daß bei hier eingegangenen, vom Empfänger zum weiteren Transport abgegebenen Getreidebefragungen die neuen Frachtbefrie diejenige Station, von welcher die Ladung originirt, ersichtlich machen, ist in Bezug auf die Oberschlesische Bahn nach eingeholten Erfindungen unbegründet, da derartige Vermerke schon seit Jahresfrist nicht mehr stattfinden.

Die Kammer beschließt in der Erwägung, daß sich nach dieser Richtung hin ein Bedürfnis geltend gemacht hat, an hiesiger Börse einen vereinigten Handelsmakler anzustellen. Das Gesuch des Herrn B. Wogromis, ihm die in Rede stehenden Funktionen zu übertragen, wird bewilligt.

Durch die im November vorigen Jahres gefaßten Beschlüsse der ständigen Tarif-Kommission, wonach der General-Konferenz der deutschen Eisenbahnen die Einführung einer zweiten, ermäßigten Stückgut-Klasse, dagegen die Aufhebung der allgemeinen Wagenladungsklassen unter Aufstellung von Artiftartikeln empfohlen wird, ist die Möglichkeit einer Verringerung des Frachtsystems gegeben, welche im Sinne der Wünsche dieser Tarifkommission ausgeführt, auf den Verkehr unserer Provinz eine sehr bedeutende, zum Theil schädliche Wirkung ausüben muß. Die Handelskammer wird deshalb an den Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten die Bitte richten, die Direktoren der Staatsbahnen zu einem Votum nach der einen oder der anderen Seite hin nicht eher zu autorisiren, bis die einzelnen Vertretungen des Handels und der Industrie über diese einschneidende Umgestaltung unseres Tarifwesens gehört sind. Eine Anfrage der Breslauer Handelskammer, ob die Kammer für diesen Zweck die Einberufung des deutschen Handelstages mitbeantragen wolle, wird in Anbetracht der großen Verschiedenartigkeit der Interessen, welche im vorliegenden Falle durch ein Votum des Handelstages nicht den geeigneten Ausdruck finden können, verneint.

Eine Aeußerung der Handelskammer zu Halle über die gemäß den Resolutionen des preussischen Landtags zu bildenden Eisenbahnräthe, deren Zusammenfassung und Kompetenz, gelangt zur Kenntniß der Kammer. Dieselbe wird der Kommission für Eisenbahnwesen gemeinsam mit den übrigen für die Frage angesammelten Materialien zugewiesen.

Die bereits erwähnte Requisition der fgl. Fortifikation kommt unter einigen Abänderungen und Ergänzungen der vorgelegten Angaben nach den Anträgen des Referenten zur Erledigung.

Dem kaiserlichen statistischen Amt soll auf die Anfrage, ob eine Vermehrung der Artikel, für welche hieselbst Großhandelsdurchschnittspreise für das befagte Amt festgestellt werden, wünschenswerth sei, geantwortet werden, daß ein Bedürfnis hierfür z. Z. nicht vorliege.

Eine Diskussion über die formulirten Anträge eines Mitgliedes wegen Aenderung der Zugverbindung auf der Posen-Creuzburger Bahn in Rücksicht auf bessere Erreichbarkeit von Ostrowo, resp. den südwärts von Jarotisch gelegenen Stationen der Oels-Gesener Bahn, führt zu dem Resultate, daß die bezüglichlichen Wünsche zur Kenntniß der Direktion der Posen-Creuzburger Bahn gebracht werden sollen.

## Substitutionskalender für die Provinz Posen.

Gerichtliche Grundstücksverkäufe innerhalb des Zeitraums vom 20. bis 29. Februar 1880.

(Zusammengestellt auf Grund der amtlichen Bekanntmachungen.)

### B. Regierungsbezirk Bromberg.

Amtsgericht Bromberg: am 26. Februar, Vormittags 10 Uhr, Grundstück der Frau Amalie Gallow Nr. 3 Schuppenfrug, mit 39 Ar 10 Quadratmeter Ländereien, zur Grundsteuer nach einem Reinertrag von 11 M. 97 Pf. und zur Gebäudesteuer nach einem Nutzungswerthe von 300 M. jährlich veranlagt.

Amtsgericht Crone a. B.: am 24. Februar, Nachmittags 4 Uhr, Grundstücke des Schneidemeisters Ernst Kopiske Nr. 5 Witoldow, mit 5 Hektar 62 Ar 30 Quadratmeter, Grundsteuer-Reinertrag 31,75 Thlr., Gebäudesteuer-Nutzungswerth 75 M.

Amtsgericht Gnesen: 1) am 24. Februar, Vorm. 10 Uhr, Hausgrundstück der Julius und Ottilie Steinleichen Eheleute Nr. 409, an der Griner Straße, ohne Ländereien, Gebäudesteuer-Nutzungswerth 1290 M. 2) 24. Februar, Vormittags 10½ Uhr, Grundstück des Valentin Otronski Nr. 39 Schwarzenu, mit 1 Hektar 52 Ar 60 Quadratmeter Ländereien, Grundsteuer-Reinertrag 4,27 Thlr., Gebäudesteuer-Nutzungswerth 60 M.

Amtsgericht Wogromis: am 24. Februar, Nachmittags 4 Uhr, Grundstück der Wittne Anna Christiana Kauf Nr. 81 Wogromis, mit 1 Hektar 2 Ar 70 Quadratmeter Ländereien, zur Grundsteuer nach einem jährlichen Reinertrage von 5 1/3 Thlr. und zur Gebäudesteuer nach einem Nutzungswerthe von 192 M. veranlagt.

## Aus dem Gerichtssaal.

**C. Posen, 16. Februar.** [Jagdvergehen und versuchter Mord.] Am ersten Tage der ersten diesjährigen Schwurgerichts-Periode (der dritten nach Einführung der neuen Justizgesetze) stand vor den Schranken des Gerichts der Handarbeiter Daniel Bracjewski aus Heide-Dombrowka und zwar unter der Anklage des Jagdvergehens und des versuchten Mordes. Nach Bildung der Geschworenen-Bank begann die eigentliche Verhandlung wie gewöhnlich vorgeschrieben, mit Verlesung des Beschlusses über Eröffnung des Hauptverfahrens gegen den genannten Angeklagten. Darauf wurde derselbe vernommen. Er erzählte den der Anklage zu Grunde liegenden Vorfall wie folgt: Da meinem Nachbar schon Heu von seiner Wiese gestohlen war, bewachte ich mich an dem fraglichen Tage — dem 4. Juli 1879 — mit einer Aente und ging auf die von mir gepachtete Wiese, um mein Heu zu bewachen. Als ich von derselben heimkehrte, stieß mir ein Hase auf. Dadurch wurde ich verleitet, etwas zu jagen. Als ich bei dieser Thätigkeit die f. Fort von Sauhuch betreten, fand plötzlich der Förster Puhl vor mir. Er schoß den Hase ab und wandte sich zur Flucht. Dabei ging mein Gewehr, dessen Hahn gespannt war, dadurch, daß es

an einem Busche hängen blieb, los. — Der Förster Puhl befandete dagegen als Zeuge, daß der Angeklagte, den er beschließen und schon eine Weile bei seinem verbotenen Thun beobachtet, als er ihn (den Förster) plötzlich nur 10 Schritte entfernt erblickt hätte, das Gewehr angelegt und auf ihn losgedrückt habe. Alles dieses habe er ganz genau gesehen. An dem Gebüsch habe das Gewehr gar nicht hängen bleiben können, da der Angeklagte beim Abfeuern des Gewehrs in einer ganz jungen Schonung gestanden. Daß er, obwohl der Schuß aus so geringer Entfernung abgefeuert, doch unverletzt davon gekommen sei, schreibe er nur dem Umstande zu, daß der Angeklagte rasch geschossen und dem, daß derselbe etwas höher gestanden als er selbst. Bei einem solchen Standpunkte ereigne es sich nämlich leicht, daß der Schuß über den Zielpunkt hinausgehe. Nach der That sei der Angeklagte geflohen. Am selbigen Tage zur Rede gestellt, habe er Anfangs geäußert, die betroffene Person gewesen zu sein. Erst später habe er wenigstens dieses zugegeben. Nach Vernehmung dieses Zeugen wurden die den §§ 292, 293 und 211, 214, 43 entsprechenden Fragen vorgelegt. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft wies sodann darauf hin, daß der Angeklagte schon wegen Bedrohung bestraft, daß er also ein Mensch sei, dem man ein derartiges Verbrechen zutrauen dürfe. Er zeigte sodann, daß die erwiesenen Thatfachen zur Bejahung der gestellten Fragen hindrängten. Zur That bewogen sei der Angeklagte wahrcheinlich durch den Wunsch, den einzigen Zeugen seines Vergehens aus dem Wege zu räumen, dessen Bekanntheit ihn außerdem arbeitslos und brodlös gemacht haben würde, da er bei der Fortverwaltung bis dahin dauernd gearbeitet hätte. Der Verteidiger Rechtsanwalt Schottländer sprach seine Meinung dahin aus, daß der Angeklagte wohl des Jagdvergehens, nicht aber des versuchten Mordes schuldig sei. Darauf gab der Vorsitzende, Landgerichts-Direktor Haacke, eine Rechtsausführung. Die Geschworenen erklärten den Angeklagten des Jagdvergehens und des versuchten Mordes für schuldig. Sodann stellten die Staatsanwaltschaft und der Verteidiger ihre Anträge bezüglich des Strafmaßes. Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten gemäß den Anträgen des Staatsanwaltes zu zehn Jahren und einem Monat Zuchthaus, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf zehn Jahre, Einziehung des Gewehrs und Zulässigkeit von Polizeiaufsicht.

## Pernisches.

\* **Privatbriefe melden**, daß die Ausgrabungs-Kommission in Pergamum mit Mitte Januar ihre Thätigkeit eingestellt hat. Der Herrmann der türkischen Regierung lief bekanntlich nur bis zum 7. Dezember; aber Dank dem Pascha — kleine Geschenke, sagt man, erhalten die Fremdbücher — ist es möglich geworden, auch über diesen Termin hinaus die Arbeiten fortzusetzen. Am 18. Januar verließ die gesammte Kommission, die Herren Humann, Bohn, Stiller und Raschdorf — Direktor Conze war schon vorher abgereist — die Städte ihres von so reichem Erfolg belobten Wirkens. Neben der Arbeit am pergamenischen Altar liefen seit September vorigen Jahres die Ausgrabungen an einem, ebenfalls in Pergamum aufgedeckten Augustus-Tempel, etwa aus der Zeit des Tiberius; neben reichen Ornamenten hat man auch neuerdings zwei große Statuen, einen Zeus und einen Augustus, entdeckt, welche bereits auf dem Wege nach Berlin sich befinden. Eine schöne Erinnerung an das ruhmvolle Unternehmen bietet eine an Ort und Stelle aufgenommene Photographie; sie zeigt auf der linken Seite ein ausgegrabenes Feld und die Lehen einer kolossalen Statue, rechts einen sehr gut erhaltenen Torso, im Hintergrunde eine Holzhitte, auf deren Thüre ein mächtiger deutscher Adler prangt. An der Spitze leht Direktor Conze, links im Vordergrund erblickt man Humann und Raschdorf, rechts Bohn und Stiller. Die Herren dürften etwa gegen den 20. d. M. wieder hier entreffen und werden dann wohl eine lange Reihe der obligaten Festlichkeiten und Feierlichkeiten über sich ergehen lassen müssen.

\* **Die Durchbohrung der Landenge von Panama ist angefangen.** Am 10. Januar fuhr Lefseps mit mehreren Ingenieuren, dem columbianischen Gesandten, dem Bischof von Panama, dem Präsidenten des Staates Panama, dem französischen Konsul und verschiedenen anderen Herren auf der Eisenbahn nach der Stelle, wo am Cerro Culebra die erste Mine gelegt war. Herr de Lefseps siebenjährige Tochter Fernanda entzündete durch Elektricität die Mine, welche mit drei Kilogramm Sprengstoff geladen war, und eine heftige Explosion erfolgte. Ein Haufe des harten Basaltfelsens rollte herab. Die Gesellschaft feierte befriedigt mit dem glücklichen Anstöße nach Panama zurück. — Der Ausgang wäre also gemacht, aber wann wird das Ende eintreten?

\* **In der „Pr.“ lesen wir die folgende amüsante Soufflenotiz** über eine Redensart, mit der Schauspieler einen anderen, der nicht viel kann, abthun, und die da lautet: „Der bekommt meine Tochter!“ Woher stammt diese kuriose Redensart, die allerdings speziell für Sänger gebraucht wird, und zumal für solche Sänger, die den Don Juan arg mißhandeln? Die Lösung der Frage, woher dieses geflügelte Wort stammt, giebt die „Pr.“ in der folgenden Erzählung: In Berlin war ein sehr braver Mann an der königlichen Opernbühne als Baritonist engagirt und als solcher kontraktlich verpflichtet, den Don Juan zu „verunglimpfen“. Zum Schreden der berliner Bevölkerung erfüllte der Wadere seine kontraktliche Verpflichtung in des Wortes frevelhaftester Bedeutung. Trotzdem verliebte sich die Tochter eines wohlhabenden Bürgers in denselben, ihre Neigung fand Erwidern und Alles schied in der besten Ordnung. Aber der Vater des Mädchens wollte von einer derartigen Verbindung nichts wissen, er behauptete steif und fest, daß das Theatervolk verschwenderisch und leichtsinnig, ja, daß jeder Schauspieler und Sänger ein Don Juan sei. Der alte Herr verweigerte den väterlichen Segen und den Ratschlässe. Ohne Segen hätten sich die jungen Leute vielleicht behelfen können, aber auf den Ratschlässe konnten sie nicht verzichten, denn die Zeit war damals schon schwer und die Fabel von einer Hütte bereits antiquirt. Doch das Schicksal war unseren Liebenden hold. Eines schönen Morgens wurde dem in jeder Beziehung traurigen Sänger folgendes höchst schmeichelhafte Schreiben überbracht: „Mein Herr! Ich habe gestern der „Don Juan“-Vorstellung im Opernhause beigewohnt. Sie bekommen meine Tochter, denn Sie sind kein Don Juan.“ Das Ende der Geschichte war eine ruhrende Familienszene, Verlobung und Familienglück. — Das ist der Ursprung der Redensart „Der bekommt meine Tochter.“

## Wissenschaft, Kunst und Literatur.

\* In dankenswerther Fürsorge hat die Neuzeit die Nothstände in der Frauenwelt ins Auge gefaßt und mancherlei Veranstaltungen getroffen, denselben abzuwehren. Dennoch bemerken wir kaum Erfolge der wohlgemeinten Arbeit, weil Miskrichtung weiblicher Erziehung und Bildung dieselben so oft illusorisch macht. Auch in vielen Familien zeigen sich aus demselben Grunde Unzulänglichkeit und Ungenügen und bedrücken den Mann in seiner Lebensarbeit. Der vielersahrene Leiter der Erlanger Frauenbildungsanstalten und Direktor der Frauen-Industrieschulen zu Straßburg i. E., Magdeburg, Halle und Chemnitz, Herr Karl Weiß, hat in dieser Richtung in seinem so eben bei A. Appelsius-Berlin (L. Dehmitz's Verlag, Kommandantenstr. 55) erschieneenen Mädchen-Erziehungsbuch: „Unsere Töchter und deren Zukunft“, zweite umgearbeitete Auflage, das lösende und befreiende Wort gesprochen. An der Hand der Wissenschaft und der Praxis zeigt er der Frauenwelt den Weg zu Glück und ehrenvoller Existenz. Eltern und Vormündern, Geistlichen und Lehrern, alleinstehenden Frauen und Jungfrauen, — Allen, denen die Sorge für heranwachsende Mädchen nahe gelegt ist, wird in dem vortheilhaften und billigen Buche ein wahrer Schatz, ein Wegweiser fürs Leben geboten. Möge dasselbe unsern Lesern warm empfohlen sein!

Verantwortlicher Redakteur: G. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.



## Proklama.

Der Kaufmann **Stephan So-**  
besti aus Posen hat unterm 5.  
August 1879 gegen die ehemaligen  
persönlich haftenden Gesellschafter  
der im Jahre 1873 in Konkurs ge-  
gangenen Handelsgesellschaft **Bo-**  
**rowinski, Malecki, Plew-**  
**icz & Co.** auf Vernichtung des  
Affordes gelaugt.

Zu dem auf  
**den 16. April 1880,**  
Vormittags 9 Uhr,

vor der II. Civilkammer des Königl.  
Landgerichts hierseits, Zimmer  
Nr. 49, anberaumten Verhand-  
lungs-Termine werden hierdurch  
sämtliche bei beregtem Afforde  
betheiligt gewesenen Gläubiger in  
Gemäßheit des § 204 der Konkurs-  
ordnung vom 8. Mai 1855 geladen.  
**Posen, den 29. Januar 1880.**  
**Königl. Landgericht.**  
Civilkammer II.  
Zur Beglaubigung:  
**Ruhlicke,**  
Gerichtsschreiber.

## Nothwendiger Verkauf.

Das in dem Dorfe **Komornik**  
unter Nr. 45 belegene, dem Schwarz-  
wehändler **Wladislaus Kolo-**  
**inski** und dessen Ehefrau **Apollonia**  
geborenen **Autkowiak** gehörige  
Grundstück, welches mit einem  
Flächen-Inhalte von 3 Hektaren,  
21 Aren, 20 Quadratfuß der  
Grundsteuer unterliegt und mit  
einem Grundsteuer-Neinertrage von  
131,60 Thlr. veranlagt ist, soll  
belehens Zwangsvollstreckung im  
Wege der nothwendigen Subha-

station  
**am 22. April 1880,**  
Vormittags 10 Uhr,

im Amts-Gerichtsgebäude, Zimmer  
Nr. 5, am Sapiehaplatz hier, ver-  
steigert werden.  
**Posen, den 17. Februar 1880.**  
**Königliches Amts-Gericht.**  
Abtheilung IV.  
**Dr. Traumann.**

## Nothwendiger Verkauf.

Das in dem Dorfe **Roznowo**  
unter Nr. 12 belegene, dem **Joseph**  
**Kurkiewicz** und seiner Ehefrau  
**Antonina** geborenen **Mazantowicz**  
gehörige Grundstück, welches mit  
einem Flächen-Inhalte von 8 Hektar-  
en, 75 Aren, 80 Quadratfuß der  
Grundsteuer unterliegt und mit  
einem Grundsteuer-Neinertrage von  
76 Thlr. 56 Pf. und zur Gebäude-  
steuer mit einem Nutzungswerthe von  
45 Thlr. veranlagt ist, soll belehens  
Zwangsvollstreckung im Wege der  
nothwendigen Substation

**am 27. April 1880,**  
Vormittags 10 Uhr,

im Amtsgerichts-Gebäude, Zimmer  
Nr. 5, am Sapiehaplatz hier, ver-  
steigert werden.  
**Posen, den 17. Februar 1880.**  
**Königl. Amtsgericht.**  
Abtheilung IV.  
**Dr. Traumann.**

## Konkursverfahren.

Der am 15. Februar 1879 über  
das Vermögen des Kaufmanns  
**Robert Plok** zu Posen eröffnete  
Konkurs ist durch Vertheilung der  
Masse beendet.

**Posen, den 18. Februar 1880.**  
**Königl. Amtsgericht.**  
Abtheilung IV.

## Bekanntmachung.

In unser Firmen-Register ist  
unter Nr. 282 der Kaufmann  
**Nathan Bieber** in Inowrazlaw  
unter der Firma:  
„Nathan Bieber“,  
Ort der Niederlassung:  
„Inowrazlaw“

zufolge Verfügung vom 13. Februar  
1880 eingetragen worden.  
**Inowrazlaw, 13. Febr. 1880.**  
**Königl. Amtsgericht.**  
Abtheilung V.

## Bekanntmachung.

Der ehemalige Lehrer **Martin**  
**Salanda** in Posen ist durch  
Erkenntnis des Königl. Land-  
gerichts zu Gnesen vom 29. No-  
vember 1879, welches die Rechtskraft  
beschieden hat, für einen Verschwen-  
der erklärt.

**Gnesen, den 31. Januar 1880.**  
**Königl. Land-Gericht.**  
III. Civilkammer.

## Nothwendiger Verkauf.

Die in Jaganta-Mühle und  
Roznowo belegenen, im Grundbuche  
von Jaganta-Mühle und Roz-  
nowo unter Nr. 7 und 19 ein-  
getragenen Grundstücke, gehörig der  
vermählten Frau **Aniela v. Ba-**  
**ranowska** geb. Gräfin **Winskä**,  
als eingetragene Eigentümerin,  
welche mit einem Flächeninhalt von  
30 Hektaren 62 Aren 60 Quadrat-  
fuß der Grundsteuer unterliegen  
und mit einem Grundsteuer-Nein-  
ertrage von 202,86 Mark veranlagt  
sind, sollen belehens Zwangsvoll-  
streckung im Wege der nothwen-  
digen Substation

**Mittwoch,**  
**den 31. März d. J.,**  
Vormittags um 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr,

im Gerichtsgebäude, Zimmer Nr. 5,  
versteigert werden.

Der Auszug aus der Steuerrolle,  
die beglaubigte Abschrift des Grund-  
buchblattes von den Grundstücken  
und alle sonstigen dieselben betreffen-  
den Nachrichten, sowie die von den  
Interessenten bereits gestellten oder  
noch zu stellenden besonderen  
Verkaufs-Bedingungen können im  
Bureau des unterzeichneten Königl.  
Amtsgerichts während der gewöhn-  
lichen Dienststunden eingesehen  
werden.

Diejenigen Personen, welche Eigen-  
thumsrechte oder welche hypothe-  
tisch nicht eingetragene Realrechte,  
zu deren Wirksamkeit gegen Dritte  
jedoch die Eintragung in das Hypo-  
thekenbuch gesetzlich erforderlich ist,  
auf die oben bezeichneten Grundstücke  
geltend machen wollen, werden hier-  
durch aufgefordert, ihre Ansprüche  
spätestens in dem obigen Versteige-  
rungs-Termine anzumelden.  
Der Beschluß über die Ertheilung  
des Zuschlags wird in dem auf

**Montag,**  
**den 5. April d. J.,**  
Vormittags um 11<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr,

im Gerichtsgebäude, Zimmer Nr. 5,  
anberaumten Termine öffentlich ver-  
kündet werden.

**Obornik, den 21. Januar 1880.**  
**Königl. Amtsgericht.**

## Nothwendiger Verkauf.

Das dem Kaufmann **Ignaz Ma-**  
**lecki** zu Putz gehörige, im Grund-  
buche von Putz Band I, Blatt Nr. 21  
verzeichnete Grundstück, welches  
mit einem Flächeninhalt von 26  
Hektaren 30 Aren 80 Quadratmeter  
der Grundsteuer unterliegt und mit  
einem Grundsteuer-Neinertrage von  
131,60 Thlr. und zur Gebäudesteuer  
mit einem Nutzungswerthe von 822  
Mk. veranlagt ist, soll im Wege der  
nothwendigen Substation

**den 31. März 1880,**  
Nachmittags um 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr,

im Gerichtstagslokal zu Putz ver-  
steigert werden.

Der Auszug aus der Steuerrolle,  
der Hypothekenschein von dem Grund-  
stücke und alle sonstigen dasselbe be-  
treffenden Nachrichten, sowie die von  
den Interessenten bereits ge-  
stellten oder noch zu stellenden be-  
sonderen Verkaufs-Bedingungen  
können in der Gerichtsschreiberei II.  
des unterzeichneten Königl. Amtsge-  
richts während der gewöhnlichen  
Dienststunden eingesehen werden.

Diejenigen Personen, welche Eigen-  
thumsrechte, oder welche hypothe-  
tisch nicht eingetragene Realrechte,  
zu deren Wirksamkeit gegen Dritte,  
jedoch die Eintragung in das Grund-  
buch gesetzlich erforderlich ist, auf  
das oben bezeichnete Grundstück gel-  
tend machen wollen, werden hier-  
durch aufgefordert, ihre Ansprüche  
spätestens in dem obigen Versteige-  
rungs-Termine bei Vermeidung  
der Präklusion anzumelden.  
Der Beschluß über die Ertheilung  
des Zuschlags wird in dem auf

**den 1. April 1880,**  
Mittags 12 Uhr,

an ordentlicher Gerichtsstelle anbe-  
raumten Termine öffentlich verkündet  
werden.

**Grätz, den 11. Februar 1880.**  
**Königl. Amts-Gericht.**

Ein massives Wohnhaus, Stal-  
lungen und Wagenremisen nebst ca.  
2 Morgen Obst- und Gemüsegarten,  
an der Breslauer Chaussee, unweit  
des Central-Bahnhofes sind zu ver-  
pachten.  
**Posen.**  
**J. N. Piotrowski.**

## Eine Wassermühle

wird per sof. zu pachten gesucht.  
Adr. mit Beding. an v. Drwesi  
& Langner, Posen.

## Konkursverfahren.

In dem Konkursverfahren über  
das Vermögen des Handelsmanns  
**Herrmann Moses** in Schwarzenau  
ist in Folge eines von dem Gemein-  
schuldner gemachten Vorschlags zu  
einem Zwangsvergleich Vergleichs-  
termin auf

**den 25. Februar 1880,**  
Vormittags 11 Uhr,

vor dem Königl. Amtsgerichte  
hierseits, Zimmer Nr. 2, anbe-  
raumt.

**Gnesen, den 16. Februar 1880.**  
**Tietze,**  
Gerichtsschreiber des Königl.lichen  
Amtsgerichts IV.

## Konkursverfahren.

In dem Konkursverfahren über  
das Vermögen der Handlung **Jakob**  
**Mendelsohn** zu Birnbaum ist zur  
Prüfung der nachträglich angemel-  
deten Forderungen Termin auf

**den 7. April 1880,**  
Vormittags 10 Uhr,

vor dem Königl. Amtsgerichte  
hierseits, Zimmer Nr. 4, anbe-  
raumt.

**Birbaum, den 13. Febr. 1880.**  
**Busse,**  
Gerichtsschreiber des Königl.lichen  
Amtsgerichts.

## Zwangsvollstreckung.

Die in der Stadt Neustadt a. W.  
belegenen, im Grundbuche von Neu-  
stadt a. W. Band III. Seite 177  
Blatt 123 und Band IV. Seite 73  
Blatt 160 eingetragenen Grund-  
stücke, als deren Eigentümer **Andreas**  
**Stryczynski**, welcher mit **Josepha**,  
geborenen **Zenker**, in Gütergemein-  
schaft lebt, eingetragen steht, und  
von denen

a) das Grundstück Neustadt a. W.  
Nr. 123 mit einem Flächen-  
inhalt von 1 Hektare 1 Are  
30 Quadratmeter der Grund-  
steuer unterliegt und mit einem  
Grundsteuer-Neinertrage von  
5 Mark 61 Pf. und zur Ge-  
bäudesteuer mit einem Nutzungswert-  
he von 45 Mark,

b) das Grundstück Neustadt a. W.  
Nr. 160 mit einem Flächen-  
inhalt von 1 Hektar 63 Aren  
60 Quadratmeter der Grund-  
steuer unterliegt und mit  
einem Grundsteuer-Neinertrage  
von 14 Mark 28 Pf.

veranlagt ist, sollen auf Antrag  
eines Benefizialerben

**am 25. März 1880,**  
Vormittags um 10 Uhr,

im Rathhause zu Neustadt a. W.  
versteigert werden.

## Bekanntmachung.

**Am 20. Februar cr.,**  
**Vorm. 10 Uhr,**

werde ich im Auktionslokale der  
Gerichtsvollzieher:

ein Piano, ferner  
eine größere Anzahl gol-  
dener u. silberner Herren-  
und Damenuhren, sowie  
mehrere Pariser Uhren u.  
zwei Regulateure

öffentlich gegen gleich baare Zah-  
lung versteigern.  
**Posen, den 18. Februar 1880.**  
**Hohensee,**  
Gerichtsvollzieher.

## Auktion.

**Montag, den 23. Februar,**  
Vormittags 10 Uhr,

werde ich im Auktionslokale auf der  
Wilhelmsstraße:

**Mahagoni-Möbel, eine**  
**Nähmaschine, silberne Ep-**  
**und Theelöffel, Betten u.**  
**einen Arbeitswagen**

gegen gleiche Bezahlung verkaufen.  
**Otto,**  
Ger.-Vollzieher.

## Dr. Behring's

**Raft-Raffee**  
per Pfund 65 Pfg. bei  
**S. Samter jr.**

**Sardinen** in Del, **Poller fröde**,  
1 Dose M. 0,50, 1 Dose M. 0,90,  
**Ph. & Co.**, 1 Dose M. 0,75, 1 Dose  
M. 1,30. **Bollfrei**, offerire in 5 Kilo  
Packeten. **Roszka Gebrüder**,  
**Hamburg.**

Nachstehende höchst wichtige und  
zeitgemäße Brochüre ist in unterzeich-  
netem Verlage so eben erschienen  
und durch alle Buchhandlungen zu  
beziehen:

## Ein Hilferuf in zwölfter

Stunde  
gegen die der Schatzsucht durch das  
neue Reichthumsheben-Gefeh  
drohende Gefahr  
von **J. BOHM**,  
praktischem Schatzsucher und Lehrer  
an dem landwirthschaftlichen Institute  
der Universität Leipzig.  
gr. 8<sup>o</sup> Format, Preis 50 Pf.  
Gegen Einsendung von 60 Pfg. in  
Briefmarken erfolgt auch direkte Zu-  
sendung obiger Brochüre durch

**A. Miesch, Verlagshandlung,**  
**Prenzlau.**

## Ein Grundstück

in Gnesen, vis-à-vis vom Landge-  
richt, in welchem seit 50 Jahren ein  
Wein- und Restaurations-Geschäft  
betrieben, ist billig zu verkaufen oder  
die Restauration zu verpachten.  
Uebnahme den 1. Juli c. Näh.  
zu erfragen bei **Clerphä** in Gnesen  
(Bahnhof).

**34 Pferde,**  
darunter Reit-, Wagen- und Alder-  
pferde, stehen in **Ostrowitt** bei  
**Schönsee, Wpr.** (Thorn-Inslerburg-  
Bahn) preiswürdig zum Verkauf.  
Auf Wunsch wird ein spezielles  
Verzeichniß der qu. Pferde fr. über-  
sandt.

**11 Stück gemästete**  
**3 jähr. Stiere** stehen Ende  
d. M. zum Verkauf **Dom.**  
**Rumianek** bei **Gr. Gay.**

## Tapeten

von den billigsten bis zu den  
feinsten, in neuesten diesjähri-  
gen Mustern, empfehlen zu  
Fabrikpreisen

**Eduard Burchardt**  
**& Söhne,**  
**Berlin C., Brüder-Str. 19.**  
Postfreier Versandt von  
Proben.  
Bestellungen über 20 Mark  
franco.

## Amtlich denaturirten

**Spiritus**  
gebe an Wiederverkäufer u. Gewerbe-  
treibende zu Engros-Preisen ab.  
**Adolph Moral,**  
**Posen.**

## Brotpfefferkuchen,

sog. Bomben, gefüllt, in bester  
Qualität, zu billigsten Preisen, bei  
**Elkeles, Judenstr. 13/14, parterre.**  
**H. Stodola.**

Fische! Schönste große Zander,  
leb. große Hechte, leb. große böhm.  
Karpfen, Schleie etc. empf. zu den  
billigsten Preisen. Bestellungen auf  
frische Seefische, Steinbutten, frischen  
Silberlachs, sowie Tsanzen, Poul-  
arden, ff. Blumenkohl etc. werden  
aufs Billigste effectuirt.  
**L. Kleichoff, Krämerstr. 12.**

## Feine Glacehandschuhe

in allen Farben, 2kn. für Damen,  
1kn. für Herren, pr. Dbd. Mk. 11,50,  
versendet per Nachnahme (auch Probe-  
bestellung) **L. Loewenstein, Bres-**  
**lau, Bischoffstr. 6, I.**

## Wichtig für Hausfrauen!

**Anstricher** in weiß und  
**Strümpfe** couleur,  
Estremadura Baumwolle von (Gau-  
schild) empfiehlt zu Fabrikpreisen  
**Wilh. Neulaender,**  
**Markt 86.**

## Rumänische Eisenbahnen.

Zufolge offiziellen Auftrages  
übernehmen wir **kostenfrei:**  
Die Vertretung bei der  
Generalversammlung am 3. März c.

und nach erfolgter Annahme den Umtausch in  
6ptC. Staats-Obligationen.

Wir ersuchen um baldmügl. Deponirung  
der Aktien und Stamm-Prior-Aktien.

**Hartwig Mamroth & Co.**

## Echter Bénédictiner-Liqueur

der **Bénédictiner-Mönche**  
der ABTEI zu FÉCAMP

der beste aller Liqueure, vortrefflich stärken-  
des Verdauungsmittel. Zum Schutze gegen  
Fälschungen trägt jede Flasche ausser den  
Schutzmarken die Unterschrift des General-  
Directors.

**VÉRITABLE LIQUEUR BÉNÉDICTINE**  
Brevetée en France et à l'Étranger.  
**Alegand aini**

Der echte Benedictiner-Liqueur ist in folgenden Häusern zu  
haben, welche sich verpflichteten, keine Nachahmungen oder Fä-  
lschungen dieses vorzüglichsten Liqueurs zu verkaufen.  
Zu haben bei: **Jacob Appel, A. Cichowicz, J. N.**  
**Leitgeber, W. F. Meyer & Co., S. Samter, S. Sobeski,**  
**Eduard Feckert, J. K. Nowakowski.**

## W. Angele,

**Civil-Ingenieur und Maschinen-Fabrikant,**  
**Technisches Bureau:**  
**Berlin W., Bülowstrasse 30.**

Seit 19 Jahren ist meine Hauptspecialität:  
**Einrichtung von Kartoffelstärke-, Mehl-,**  
**Syrup- und Traubenzucker-Fabriken.**

Ueber 80 Anlagen in den verschiedensten Größen sind  
von mir ausgeführt. Sämmtliche Spezialmaschinen sind neu  
konstruirt. **Ganz neu: Mobile Stärke-Fabriken**  
(Geringste Anlagekosten, keine Montage, wenig Raum)  
bis zu einer Leistung von 300 Ctr. Kartoffeln täglich;  
Auswaschapparat, Rippquirl, kontinuierliche Pülpe-  
presse, Fruchtwafler und Schlämmerei, sowie  
mechanische Trockner.

Garantie für große Leistung, hohe Ausbeute und  
Prima-Waare.  
Prospekte, Atteste sowie Prima-Referenzen auf  
Wunsch gratis.

## Original-Breitsäemaschinen

ihres bewährten Systems, sowie  
**einpferrdige Klee- und Universalsäemaschinen**  
empfiehlt zur bevorstehenden Frühjahrsbestellung die Eisengießerei und  
Maschinenfabrik von

**E. Drewitz,**  
**Thorn.**

Illustrirte Kataloge und Preis-Courante franco und gratis.

**210,000 Mark**

sind per sofort oder 1. April cr. **hypothekarisch** aus-  
zuleihen:

a) auf **Grundstücke** in Stadt Posen möglichst un-  
mittelbar hinter Bankgelder,  
b) auf **Güter** nur unmittelbar hinter **Posner Land-**  
schaft

und ist Herr **Moritz Chaskel** in Posen mit Entgegen-  
nahme und Prüfung der Offerten und event. Abschliessung  
betraut.

Ich bitte, die Anmeldungen schleunigst unter genauer  
Darlegung des Hypotheken-Standes mir **schriftlich** zugehen  
lassen zu wollen.

**Moritz Chaskel,**  
**Posen, Berlinerstrasse Nr. 10**



